



RUHRSTAHL

3 | M Ä R Z
1960
4 W 5991 E



Werkzeitschrift

Nur für Betriebsangehörige



Titelfoto:

Walzwerksschlosser

Das für den Laien geheimnisvolle Innenleben der komplizierten Aggregate der Grobblechstraße ist das Revier der Ingenieure und Schlosser vom Maschinenbetrieb des Walzwerks. Sie beobachten den empfindlichen Mechanismus der Rollgänge und Walzen mit dem Ziel, etwa notwendige Reparaturarbeiten möglichst erst in einer Produktionspause — das sind meist Sonn- und Feiertage — vornehmen zu müssen. Nach einem in der Reparaturbesprechung festgelegten Plan wird dann beispielsweise das Rollganggetriebe freigelegt (unser Bild) und die Schlosser beginnen in einem Gewirr von Zahnrädern, Wellen und Leitungen, deren Logik nur ihnen vertraut ist, gegen die Zeit zu arbeiten: obwohl der Umfang der Reparatur bei der Planung vielfach nicht übersehbar ist, muß das Walzwerk zum vorher festgesetzten Termin der nächsten Produktionsschicht wieder einsatzbereit sein.

Foto: Ahlborn

Rücktitel:

Väter unter sich

Das teutonische Vorurteil, wonach sich Kinderwagen schiebende Väter der Lächerlichkeit preisgäben, befindet sich im Stadium fortschreitender Aufweichung. Allerdings hat sich die Initiative der Väter noch nicht auf Vereinsebene niedergeschlagen, sondern beschränkt sich noch auf freie Vereinbarungen zu Sonntagmorgen-Kinderwagen-Spazierfahrten. Gesprächsthemen: etwa Erziehungsprobleme, Ernährungsfragen und Verhaltensweisen des Kleinkindes; aber auch Übersteuerungsprobleme von „Sportwagen“ sowie die Anwendbarkeit von Überholverboten auf Kinderwagen mögen dazugehören. Vatersorgen...

Foto: Saltmann, Henrichshütte

Der Waschkauenwärter Max Klupsch war fast 30 Jahre lang als Gießgrubenarbeiter im Stahlwerk der Henrichshütte tätig. Im Jahr 1957 wurde er aus gesundheitlichen Gründen in eine Stahlwerkskaue versetzt.

Waschkauenwärter sind zumeist ältere Belegschaftsmitglieder, Männer, die oft schon Jahrzehnte dem Werk angehören. Sie sind fast ausschließlich Invaliden, die früher als Facharbeiter oder angelernte Kräfte in der Produktion tätig waren. Krankheit oder Unfall minderten ihre Leistungsfähigkeit. Aber dessen ungeachtet wollen sie noch arbeiten; viele finden eine neue Aufgabe in der Betreuung der Waschkauen, den Schleusen zwischen Arbeit und Freizeit. Sie setzen ihren Stolz darein, daß die Waschkauen blitzsauber sind; wehe dem Kollegen, der die ungeschriebenen Gesetze der Sauberkeit und der Kameradschaft in der Kaue mißachtet.

Foto: Ahlborn

Abenteuerlicher Alltag

„Paß schön auf dich auf.“ Dieses Mahnwort und ein Abschiedskuß mögen für zahlreiche Mitarbeiter der Ruhrstahl-Werke letzter Eindruck ihres Daheim sein, bevor sie ihren täglichen Gang zur Arbeitsstätte antreten. Sorge und Liebe der Frau oder Mutter sprechen aus diesem Abschied. Doch wieviel bedeutet er denen, die ihn empfangen?

Einst, als es der Traum jedes Jungen war, ein Robinson oder Old Shatterhand zu werden, gefährlich zu leben, war der Alltag gegenüber heute noch vergleichsweise gefahrlos, war das Leben in Stadt und Land für den, der „etwas vom Leben erwartete“, kein Abenteuer, sondern schlichtweg langweilig. Die Zeiten haben sich geändert; das Leben, der Alltag haben ihre Geruhsamkeit eingebüßt: Jeder Ritt auf dem Motorrad, jede Fahrt mit dem Auto, ja schon das Überqueren einer Hauptverkehrsstraße sind zu lebensgefährlichen Abenteuern geworden. Nur – und das ist das Seltsame daran – wird niemandem dieser Abenteuer so recht bewußt. Die meisten jungen Motorradfahrer, die im 100-km-Tempo gefährlich überholen, sich in Fahrzeuglücken drängend einen Weg durch das Verkehrsgewühl suchen, werden auf die Frage, wie sie das Leben finden, antworten: langweilig. Verkehrte Welt? Ist Auto- oder Motorradraserei der Ausgleichssport veränderter Abenteuer?

*

Auch die Arbeit in der Industrie wird nur selten jemandem als ein durchaus nicht ungefährliches Abenteuer bewußt. Nur wenn es mal bumbst oder knallt, kratzt man sich am Kopf, schaut sich den eigenen Arbeitsplatz an und meint bei sich selbst: Ganz ungefährlich scheint es hier tatsächlich nicht zu sein. Aber den Unfall, den der Nebenmann erlitt, vergißt man schnell. Man arbeitet, um Geld zu verdienen. An Abenteuer denkt man nicht, schon gar nicht im Zusammenhang mit dem eigenen Arbeitsplatz.

Die Unfallstatistiken sind allerdings ein deutlicher Beweis dafür, daß die Arbeit auch am sichersten Arbeitsplatz gelegentlich den Vergleich mit manchem Abenteuer aushält, das man in exotischen Lebensbereichen zu bestehen hat. Die Technik und die Bedingungen am Arbeitsplatz stellen dem Menschen immer wieder Fallen; tun sie es zufällig nicht, so spannt der Mensch sich selbst die Stolperdrähte, über die er stürzt: Unachtsamkeit, Unbelehrbarkeit, Waghalsigkeit oder einfach Gleichgültigkeit gegenüber der stets vorhandenen Gefahr sind solche „Stolperdrähte“.

Es ist immer wieder erstaunlich, wie gleichgültig noch viele gegenüber den Vorschriften und Sicherheitsleitsätzen der Berufsgenossenschaft und des Unfallschutzes sind. Die Ermahnungen der Unfallvertrauensmänner werden nicht selten offenbar tauben Ohren gepredigt. Ist es da verwunderlich, daß nicht wenige Unfälle auf das Konto nicht beachteter Sicherheitsvorschriften gehen? Durchwandert man die Betriebe, so muß man immer wieder feststellen, daß manche Mitarbeiter die sie zwangsläufig umgebenden Gefahren ihres Arbeitsplatzes offensichtlich nicht nur nicht erkennen wollen, sondern durch ihr unbekümmertes Verhalten einen Unfall geradezu herausfordern.

Die Aufklärungsarbeit des Unfallschutzes hat hier zwar schon viel bewirkt, aber noch immer fehlt in den Betrieben jenes sicherheitsbewußte Denken, das vor allem englische oder amerikanische Industriebetriebe auszeichnet. Das gilt nicht nur für das Verhalten der Arbeiter im Betrieb, sondern auch für den Zustand und die Anordnung vieler technischer Anlagen. Das Schlagwort „Sicherheit zuerst“ wird vielfach noch immer nicht ernst genug genommen.

Es hat lange gedauert, bis sich die Kopfschutzkappen durchgesetzt haben. Auch die Sicherheitsschuhe hatten es schwer, gegen die Ignoranz der Besserwisser anzukommen. Wieviele Unfallschutzartikel konnten nur dank der Mühe und Beharrlichkeit des Unfallschutzes in den Betrieben heimisch werden. Zumeist war erst eine Reihe von Unfällen als Argument notwendig, um die unerklärliche Scheu vor den als lästig und unbequem empfundenen Attributen der modernen Arbeitskleidung zu überwinden. Beispiele ließen sich genug anführen, die den Beweis dafür antreten könnten, daß erst eine steigende Unfallkurve einer zunehmenden Einsicht auf die Sprünge hilft.

*

Die Arbeit in der Industrie ist langweilige Routine ohne den Hauch des Abenteuers? Wer als Werksfremder einmal die Betriebe der Hütte durchwandert hat weiß anderes zu berichten. Er hat in Höllenrachen geblickt – am Hochofen, im Stahlwerk, im Walzwerk; er duckte unwillkürlich den Kopf, wenn an Kranen schwere Lasten vorüberschwebten; er verhielt den Schritt, wenn die Werksbahn pfeifend auf ihn loszufahren schien; er traute den Greifwerkzeugen der riesigen Maschinen nicht, die wie spielerisch vieltonnenschwere Werkstücke in der Bearbeitung rotieren ließen; vor dem Brennstrahl des Schweißers wich er zurück; er zuckte beim Lärm in den Betrieben zusammen; sein Hirn war betäubt, die Hitze nahm ihm den Atem. Der Gang durch ein Hüttenwerk ist gewiß eine abenteuerliche Begegnung mit der Technik.

*

Wer aber Tag für Tag in dieser Arbeitswelt sein Brot verdient, der hört den Lärm nicht mehr, für den gibt es keine „Höllendrachen“; schwebende Lasten sind ihm keine Boten des Unheils, denen man nur mit Vorsicht begegnen sollte.

Doch manchmal, da packt es auch den abgebrühtesten Kollegen: Wenn es den Kumpel nebenan erwischt und dieser blutend oder stöhnend auf der Bahre liegt; wenn der Spind bei Schichtwechsel verschlossen bleibt und einer in der Runde fehlt.

Die Arbeit im Schatten der Gefahr stumpft ab, macht gleichgültig gegenüber ihrer Unberechenbarkeit. Man geht zur Arbeit, wie man zum Tresen in der nächsten Kneipe geht.

Müde von der Arbeit setzt man sich abends – wohligh gähnend – in den Sorgenstuhl und liest in der Zeitung von gefährlichen Weltraumprojekten, erregenden Autorennen und verwegenen Artisten. „Ja, die leben gefährlich, das sind wahre Abenteuer, tollkühn und todesmutig.“ So mag man bei sich denken. „Und ich? Da steht man nun Tag für Tag am Hochofen; Routine, nichts als Routine; und andere wollen in den Weltraum. Paß schön auf dich auf! sagt immer die Frau, Aber, was soll mir schon passieren?“

Liest man die Unfallberichte, kann man nur sagen: Denkste!

Aus dem Inhalt:	Seite
Portrait der Arbeit: Waschkauenwärter	2
Redaktionskommentar: Abenteuerlicher Alltag	3
Maschinenschlosser im Walzwerk	4–7
Ruhrstahl auf der Leipziger Messe	8–10
Europa: Nach EWG nun auch EFTA	11
Bundesbank empfiehlt: Maßhalten	12/13
Feuilleton: Arbeiten, um Muße zu haben	14
Annen: Neue Werkschule für kaufmännischen Nachwuchs	15
Schauspielhaus Bochum: Von Schiller bis Beckett	16/17
Betriebskrankenkassen: Die Sachleistungen und ihre Kosten	18/19
Henrichshütte: Abbruch Hochofen I	20
Werksarzt: Röntgenuntersuchung	22
Gefälligkeiten und ihre Konsequenzen	23

Herausgeber: Ruhrstahl Aktiengesellschaft, Witten

Verantwortlich: Siegfried Westphal, Leiter der
Presse-Abteilung

Redaktion: Dipl.-Volkswirt Heiko Philipp,
Witten-Annen, Stockumer Straße 28, Telefon 69 11
Nebenanschlüsse 74 34/74 32

Fotos: Werkzeitschrift Ahlborn (33); Philipp (2);
Schönefeld (5); Werksfoto Henrichshütte (1);
Saltmann (1)

Illustrationen: Siebeck (4)

Klischees: Proll und Kropf, Bochum

Druck: C. Hundt sel. Wwe., Hattingen

Auflage: 16 000

Kostenlose Abgabe an die Betriebsangehörigen

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion



16.14 Uhr: In Bereitschaft



16.31 Uhr: Ausfahren der Arbeitswalzen



In der allgemeinen Unruhe, die während der Produktion in der großen Walzwerkshalle herrscht, erregte es keinerlei Aufsehen, daß ein Mann auf eine abseits arbeitende Schlossergruppe zu-eilte und ihnen zurief: „Walzenwechsel! In einer halben Stunde etwa!“ Durch Abnutzung der Walzen war die Toleranzabweichung in der Blechstärke zu groß geworden.

Mit dem Kommando „Walzenwechsel“ begann ein Manöver, dessen Einzelheiten vielhundertmal geübt worden waren; minutiös rollte ein Vorgang ab, bei dem es keinerlei Leerlauf geben durfte: Die 40 Tonnen schweren Arbeitswalzen des Grobblechwalzgerüsts wurden ausgewechselt. Während der größte Teil der Produktionsarbeiter vorübergehend zur Untätigkeit verdammt oder mit Reinigungsarbeiten beschäftigt war, hatte die Belegschaft einer Abteilung die Hauptrolle übernommen, deren Leistung für den Außenstehenden nicht unmittelbar erkennbar ist: Die Männer des Maschinenbetriebes.

*

Das Reparaturwesen ist neben der Energieversorgung und -verteilung eine wesentliche Voraussetzung für die Produktion. In den Berichten und Diagrammen über die Arbeit des Walzwerks – etwa die Darstellung des Produktionsverlaufs oder die Qualitätsentwicklung – schlägt sich auch der Arbeitserfolg des Maschinenbetriebes nieder.

Etwa 90 Schlosser arbeiten im Walzwerk. Sie haben die Aufgabe, durch Pflege und Instandhaltung der Anlagen die Leistungsfähigkeit des Betriebes aufrechtzuerhalten und damit zur Steigerung der Produktion beizutragen.

Aus dieser Aufgabe erwachsen folgende Maßnahmen:

- die täglich laufende Wartung und Überwachung der Ausrüstungen (z. B. Schmierdienst),
- die periodische Überprüfung der Produktionsmittel,
- die planmäßigen periodischen Reparaturen (u. a. Walzenwechsel),
- die „Bruch“-Reparatur,
- die Beschaffung von Ersatzteilen, Anfertigung von Vorrichtungen und Hilfsmitteln.

Ziel der Arbeit des Maschinenbetriebes ist die Prophylaxe, d. h. die Schadensfällen und Stillständen vorbeugende Reparaturarbeit. Dazu ist es notwendig, exakte Grundlagen zu erarbeiten, mit deren Hilfe die Zeitabschnitte zwischen zwei Reparaturen, der Arbeitsumfang, die Stillstandszeiten, die notwendigen Arbeitskräfte, Materialien und Kosten ermittelt werden können: Es ist selbstverständlich, daß auch die Reparaturarbeit dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung unterworfen ist.

*

Die fortschreitende Mechanisierung der Arbeitsvorgänge, der Zug zur Automatisierung hat den Walzwerksbetrieb längst erfaßt. Muskelkraft wird ersetzt durch Maschinenarbeit, körper-

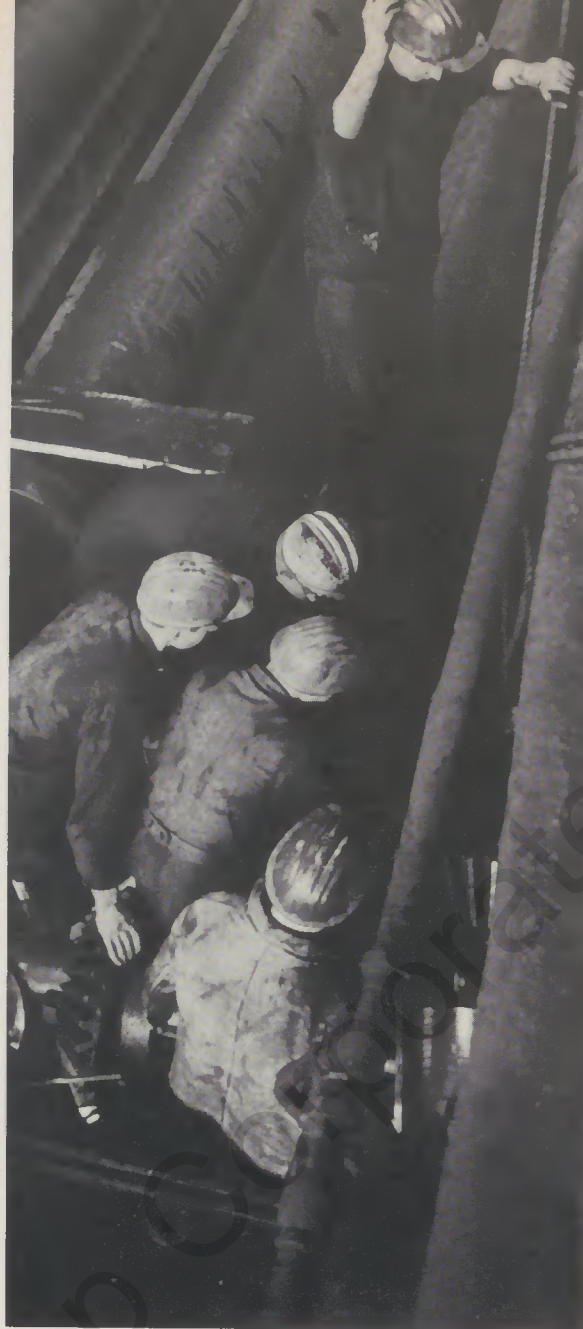
16.43 Uhr: Verbindung von Walze und Antriebswelle ►

16.36 Uhr: Einfahren neuer Walzen





Anhängen einer Rolle

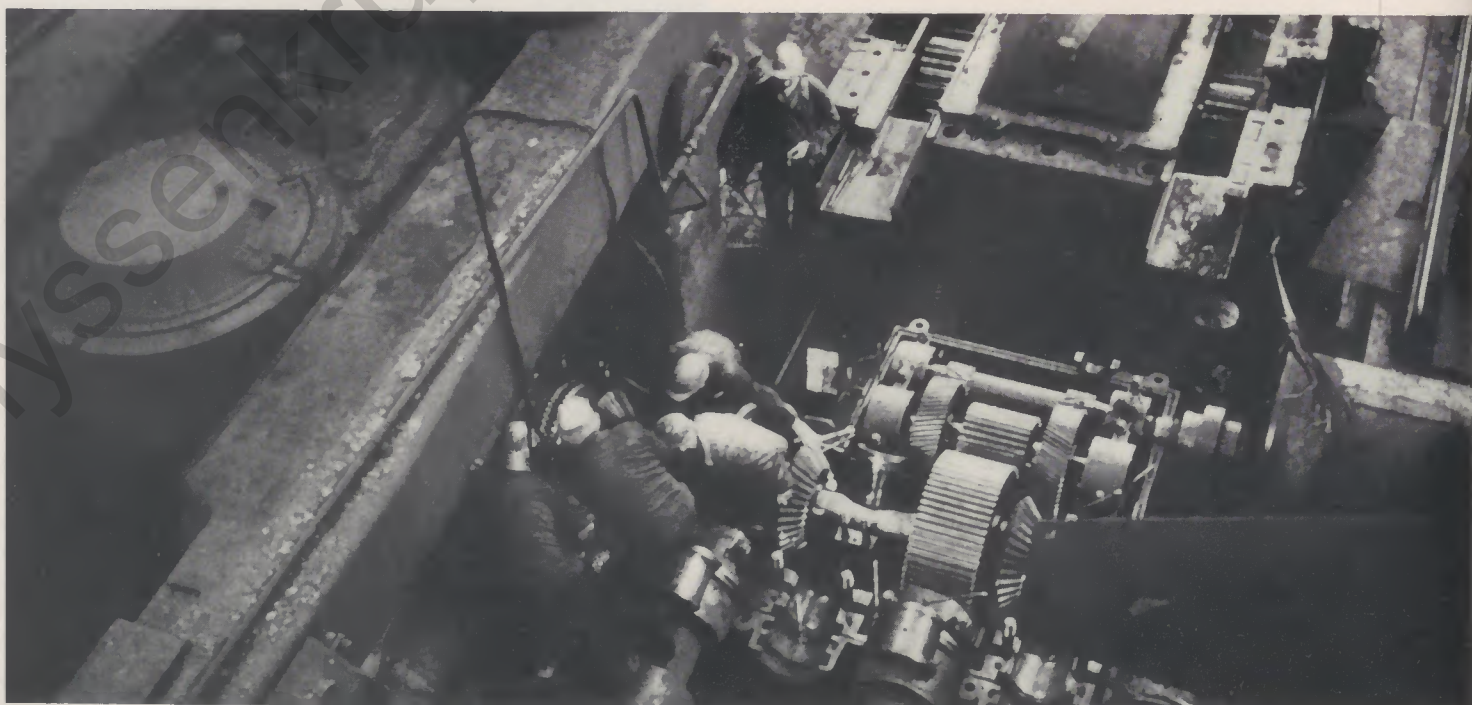


„Auf!“



Kranfahrer

Rollganggetriebe



liche Schwerarbeit übernommen von der Mechanik der Apparatur. Welche Entwicklung der Walzwerksmaschinenbau genommen hat, zeigt anschaulich der vorhandene Maschinenpark. Neben Aggregaten, die schon seit Jahrzehnten produzieren, stehen Anlagen, die zu den modernsten ihrer Art in Europa zählen.

Über etwa 400 Rollgangsrollen bewegt sich das Walzgut vom Walzgerüst zu den Glühöfen, rollt zu den Richtmaschinen, den Scheren und schließlich zur Verladung. Läuft nur ein Lager heiß, so wird der ganze Produktionsablauf gestört.

3400 Liter Öl pulsieren in jeder Minute durch die Leitungen der Ölanlage des Quartowalzwerks. Dieser Ölstrom wird separiert, gefiltert, temperiert und ergießt sich mit genau festgelegtem Druck in die Schmierstellen. Akustische und optische Signale zeigen jede Unregelmäßigkeit im Leitungssystem an.

Etwa 1200 m³ Sinterwasser werden stündlich von den Kreisel-pumpen zur Kläranlage gepumpt. Der Sinter verschleißt die Pumpenläufer, Gehäuse und Rohrleitungen; hier liegt ein ständiges Arbeitsfeld der Ökellermannschaft.

*

Dem Reparaturschlosser in einem Walzwerk ist eine ganz besondere Mentalität zu eigen. Es ist nicht jedermanns Sache, mit derart gewichtigen Werkstücken zu hantieren, wie es hier oft nötig ist, und sich dennoch jene Sorgfalt und Genauigkeit zu bewahren, die die Reparatur mancher Apparate von fein-mechanischem Charakter stets erfordert. Die Zeiten, als noch Vorschlaghammer und Brechstange die kennzeichnenden Werk-zeuge für den Walzwerksschlosser waren, sind vorbei. Die moderne Walzwerksmaschine verlangt Spezialisten zu ihrer Betreuung. So ist es zu verstehen, daß erst nach längerer Betriebszugehörigkeit ein normal ausgebildeter Schlosser wirk-lich wertvoll für diesen Betrieb wird.

*

Größere Reparaturen können im Walzwerk nur durchgeführt werden, wenn die Produktion für längere Zeit ruht. Deshalb sind die Sonn- und Feiertage für den Maschinenbetrieb Tage des verstärkten Einsatzes. Jeder Schlosser hat nur an etwa einem von drei Sonntagen dienstfrei.

Im Reparaturwesen erhält sich ein Rest jener uralten, oft qual-vollen Arbeiten, die kein technischer Fortschritt und kein noch so neues Verfahren zu ersetzen vermag. Wenn durch die Automa-tion die Maschine fast schon zum selbständigen Wesen wird, so muß doch zu ihrer Wartung und Reparatur menschliche Arbeit geleistet werden. Die Arbeit ändert sich und wird an andere Stellen verlagert: Aus dem Produktionsprozeß in die Maschinen-pflege. Eine Maschine, die sich selbst repariert, ist noch nicht er-funden worden.

Ing. Prüssner, Henrichshütte



Verölte Hände

Arbeit unter Flur



LEIPZIG

1960



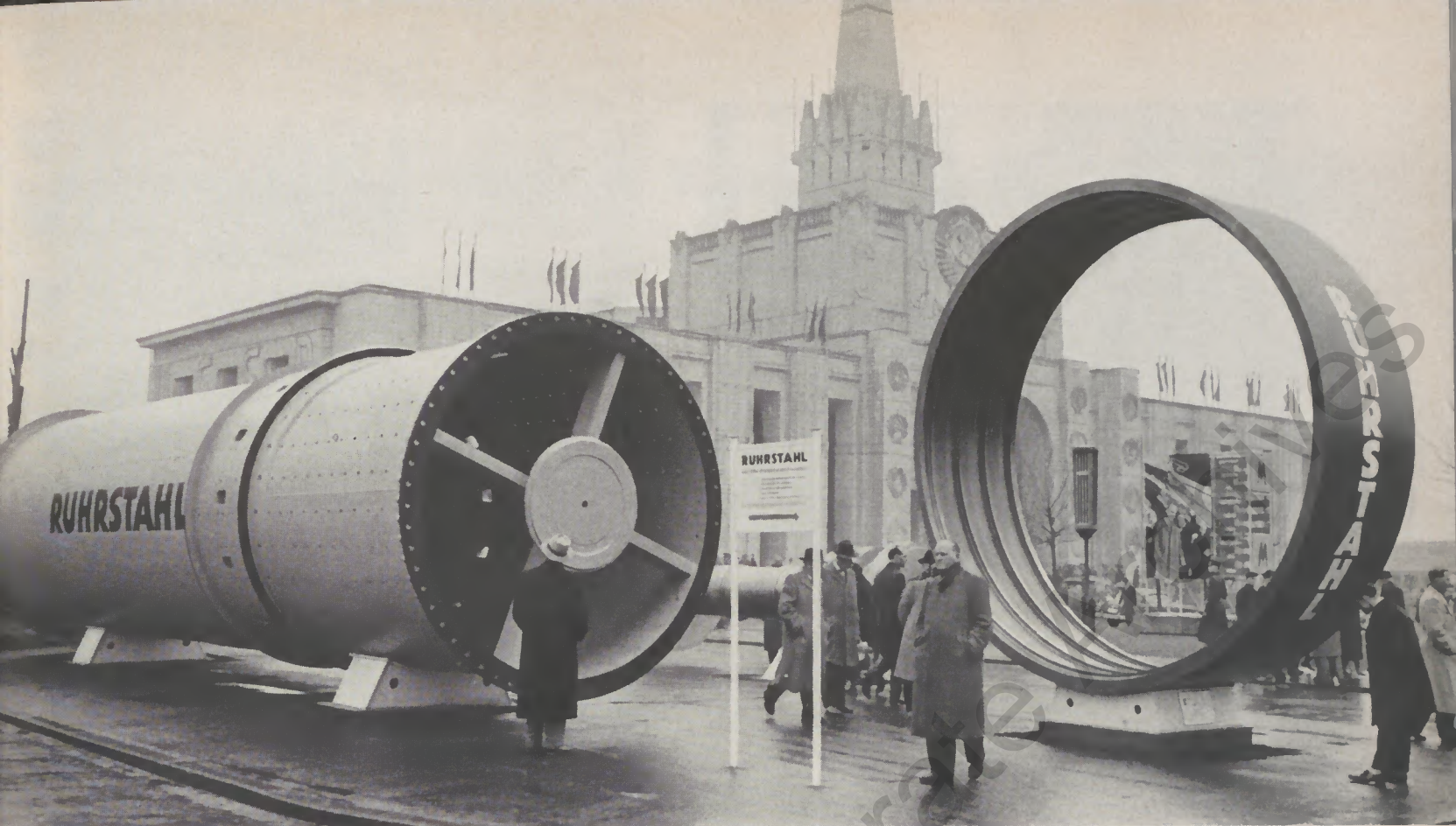
Zum achten Mal seit Kriegsende besuchte die Ruhrstahl AG die Technische Messe in Leipzig. Vom 28. Februar bis 8. März zeigte unser Unternehmen wieder in der Halle für Metallurgie einen Leistungsquerschnitt durch sein Erzeugungsprogramm. Wie im vergangenen Jahr war ein 8 m langes und 16 mm dickes Grobblech (Hochleistungs-Kesselblech) mit einer Breite von 2,54 m in die Umwandung des repräsentativen Messestandes einbezogen. Anziehungspunkt für Fachleute und Laien gleichermaßen war eine 24 t schwere Induktorgewinde für einen Turbo-Generator mit einer Leistung von 100 000 kW. Das Stück, geschmiedet und fertig bearbeitet zum Einbau des elektrischen Teils, hatte eine Länge von 9,45 m und einen Ballendurchmesser von 1 m; ein 22 t schwerer Hochdruck-Turbinenläufer mit einer Leistung von 125 000 kW begrenzte, aufrecht stehend, mit einer Länge von 6,48 m die linke Seite unseres Messestandes. Imposant wirkte auch eine 7,37 m lange zehnfach gekröpfte Kurbelwelle für einen ortsfesten Dieselmotor (Leistung: 1250 PS). Diese Ausstellungsstücke der Henrichshütte waren sämtlich aus legiertem Sonderstahl – im Vakuum entgast nach dem Ruhrstahl-Heraeus-Verfahren – gefertigt. Das Annener Gussstahlwerk, Abt. Ruhrpumpen, stellte eine zweistufige, selbstansaugende, mittengeeilte Schiffskreiselpumpe in Ständerbauart, eine einstufige zweiflutige Pipeline-Pumpe sowie aus dem PACIFIC-RUHRPUMPEN-Programm eine einstufige Prozeßpumpe aus. Die Presswerke Brackwede waren abermals mit einer Rohrgewindefräse vertreten, deren Arbeitsweise vielen Interessenten auf dem Messestand vorgeführt werden konnte. Erstmals in diesem Jahr stellte Ruhrstahl auch auf dem Freigelände der Messe aus. An werbemäßig günstiger Stelle, schräg gegenüber dem sowjetischen Pavillon, lag ein gelb gestrichenes, elektrisch geschweißtes Mühlenrohr von 13 m Länge und 3 m lichte Durchmesser (mit Wandstärken bis zu 70 mm). Der Name des Herstellers – RUHRSTAHL – war mit großen Lettern aufgemalt. Daneben erhob sich ein aus einem 100-t-Block nahtlos geschmiedeter und vorbearbeiteter Zahnkranz (äußerer Durchmesser: 4,65 m, Breite: 1,47 m, Gewicht: 21,5 t). Schließlich hatte die Henrichshütte noch eine 50,5 t schwere Turbinenwelle für die Kaplan turbine eines Kraftwerkes ausgestellt; das geschmiedete und vorgedrehte Werkstück maß eine Länge von 10,7 m bei einem größten Durchmesser von 1,78 m. Wahrlich, ein interessantes Angebot, das eine entsprechend große Aufmerksamkeit sowohl bei den Funktionären der Innen- und Außenhandels-Zentrale (DIA) der Sowjetzonenrepublik in Ost-Berlin als auch bei den Einkäufern der übrigen Ostblockländer fand.

Wenn Messe in Leipzig ist, dann wird diese Stadt zum Mittelpunkt der Sowjetzonenrepublik. Wenn die Fahnen vieler Nationen aus Ost und West über dem fast 300 000 qm großen Gelände der Technischen Messe wehen, dann zieht die Stadt ihren Sonntagstaat an: Fahnen und Transparente verdecken mildtätig den abblättrenden Putz grauer Häuserzeilen; die Auslagen der Geschäfte und Warenhäuser füllen sich zum Bersten mit einem zumal für den Zonenbewohner verlockenden Warensortiment. Zu Zehntausenden strömen die Menschen aus allen Bezirken der Zone in die Messestadt, um teilzuhaben an den Tagen, da der traditionelle Messeplatz Leipzig einbezogen ist in das Welthandelsnetz.

„Messe des Sozialistischen Weltmarktes.“ So lautet das Schlagwort. Ob es auch die größte Messe ist – wie verschiedentlich behauptet wird – ist umstritten. Richtig ist, daß die Technische Messe in Leipzig zusammen mit den Mustermessen in den 23 Messehäusern der Leipziger Innenstadt die einzige wirklich bedeutende Messe ist, auf der Ost und West unmittelbar mit einem reichhaltigen Angebot konkurrieren. Von Jahr zu Jahr hat die Zahl der Aussteller zugenommen. 9400 Aussteller aus 51 Nationen gaben sich in diesem Jahr ein Stelldichein in Leipzig. Während die Sowjetzone mit 195 000 qm Ausstellungsfläche rund zwei Drittel des verfügbaren Raums für sich beanspruchte, entfielen auf die Aussteller des Westens 61 000 qm, davon 39 000 qm auf Westdeutschland und Westberlin. Die Ostblockstaaten zeigten ihre Erzeugnisse auf einer Fläche von 38 000 qm.

*

Wie im vergangenen Jahr stellten wieder rund 100 Unternehmen der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie auf 40 Ständen in Leipzig aus, darunter zahlreiche Werke aus dem Edelstahlbereich. Neben dem großen Aufgebot der Ruhrindustrie ist die Beteiligung von Firmen der chemischen und elektrotechnischen Industrie sowie des Fahrzeugbaus bemerkenswert. Schon in den vergangenen Jahren hat sich immer deutlicher gezeigt, daß die Erzeugnisse dieser Fertigungsbereiche sowohl in der Sowjetzone als auch im Ostblock die größten Absatzchancen haben. Investitionsgüter – nicht Konsumgüter – sind für die Länder hinter dem Eisernen Vorhang die begehrtesten Importartikel.



Eine zunehmende Konkurrenz erwächst den westdeutschen Ausstellern aus dem gestiegenen Interesse Großbritanniens und Frankreichs an der Leipziger Messe; beide Länder haben ihre Ausstellungsflächen gegenüber den Vorjahren vergrößert. Auch die nordischen Staaten, von den Außenhandelsbehörden der Sowjetzonenrepublik stark umworben, engagierten sich mit einem größeren Angebot in Leipzig.

Sowjetrußland und China haben in ihren Pavillons wieder ihre technischen Leistungen in bombastischer Form zur Schau gestellt; ein technischer Vorsprung gegenüber den westlichen Ausstellern läßt sich aber nicht feststellen. Reichhaltig ist auch der Produktionsquerschnitt der technisch sehr fortschrittlichen Tschechoslowakei; Ungarn, Polen und Rumänien zeigen ebenfalls, daß die technische Entwicklung auch dieser Länder nicht stehengeblieben ist. Die Ausstellungsstücke der Sowjetzonen-Industrie lassen erkennen, daß alles darangesetzt wird, im Rahmen des laufenden Sieben-Jahr-Plans (bis 1965) qualitätsmäßig „Weltniveau“ zu erreichen. Manche Erzeugnisse vermögen schon jetzt zu überzeugen. Der Engpaß Werkzeugmaschinen jedoch besteht weiter; auch ist hier der Schritt zur Vollautomatik noch nicht ganz geglückt.

Aus Gesprächen hört man immer wieder das große Interesse der Sowjetzonen-Industrie an einer Ausweitung des Interzonenhandels-Volumens, also des Warenaustausches zwischen Westdeutschland und der Sowjetzone, heraus. Der Gesamtumsatz des Interzonenhandels betrug im Jahre 1959 rund 2 Mrd. DM, einschließlich der Lieferungen Westdeutschlands auf Grund der Vorgriffs- und Sondervereinbarungen. Westdeutschland lieferte im vergangenen Jahr Waren für 1,06 Mrd. DM (1958: 0,87 Mrd. DM) und bezog Waren für 0,94 Mrd. DM (1958: 0,88 Mrd. DM). Für 1960 ist ein Umsatzvolumen von insgesamt 2,3 Mrd. DM vorgesehen, wobei die Möglichkeit zusätzlicher Vereinbarungen über die Warenlisten noch offengelassen ist. Vorwiegend des Interesse der Sowjetzonen-Industrie besteht am Bezug von Eisen und Stahl sowie Bergbauausrüstungen. Daneben ist man stark an der Einfuhr von Erzeugnissen des Maschinenbaus, an Textilien und verschiedenen Rohstoffen interessiert. Als Gegenlieferungen nimmt die Bundesrepublik im wesentlichen Braunkohlenbriketts, Mineralöle und Benzin ab.

Im Gegensatz zum Vorjahr stand die diesjährige Messe für die westdeutschen Aussteller unter einem etwas ungünstigen Vorzeichen: Für die Stahlindustrie stehen zwar die Ausschreibungen ebenso fest wie die Kontrakte, doch ist die Verrechnungssituation auf den Interzonenhandelskonten der Investitionsgüter, aber auch der Konsumgüter, seit einiger Zeit stark angespannt. Da die der Zone eingeräumten Kredite einiger wichtiger Warenunterkonten fast voll ausgenutzt sind, werden die staatlichen Handelsorgane

Messestreiflichter: Das berühmte, zu Messezeiten stets angestrahlte Renaissance-Rathaus am Markt, Relikt des historischen Leipzig im Zentrum der Stadt, ist ein beliebtes Objekt der auch in Mitteldeutschland zahlreichen Fotoamateure. Aber nicht nur sie kamen in Leipzig auf ihre Kosten; auch die Berufsfotografen fanden Blickwinkel, die ihnen erfolgversprechende Fotos verhießen. So wurde beispielsweise das ungemein werbewirksame Arrangement einiger schwerer Ruhrstahl-Ausstellungsstücke vor dem sowjetischen Pavillon zu einem der am häufigsten publizierten Motive der Technischen Messe 1960. Ein weiterer Ruhrstahl-Messeschlager war eine fertigbearbeitete Induktorwelle (Bild ganz unten), die Bewunderung erregte. Um Pipeline-Pumpen und Apparate ging es bei dem Besuch des stellvertretenden polnischen Ministers für die Chemieindustrie und des polnischen Handelsattachés in Ost-Berlin (Foto unten)





Extreme: Schenkte man nur den Parolen und Plakaten Glauben – rechts ein Aushang, der für die Volksarmee Stimmung macht –, so könnte man meinen, daß sich die Deutschen in der Sowjetzone ausnahmslos mit den Zielen der Zonenregierung solidarisch erklärten. Doch das Verhalten der Bürger wird noch erstaunlich stark von der vielgeschmähten „westlichen Dekadenz“ beeinflusst: Vielfach trifft man zum Beispiel Halbstarken-„Blasen“ mit Lederjacken, Niethosen und Pferdeschwänzen (oben); die Konfrontierung von Schulklassen mit dem „sozialistischen Realismus“ (Foto unten) scheint trotz „ausgerichteter“ Kunsterzieher noch kaum auf klassenbewußtes Interesse zu stoßen. Auch die verschiedenen Tanzveranstaltungen zur Messezeit – etwa im „Haus Leipzig“ (Foto ganz unten) – tragen in jeder Hinsicht auffallend westlichen Charakter. Noch ist nicht jede Freiheit im Kollektiv erstickt



versuchen, ihre Käufe entweder zu strecken oder die Zahlungsziele zu verlängern. Wie stets am Schluß eines Planjahres hat die Zone wieder überdurchschnittlich stark in der Bundesrepublik eingekauft, wobei auch gewisse Versorgungsschwierigkeiten, die noch bei weitem nicht überwunden sind, eine Rolle gespielt haben dürften.

Das Geschäft mit der Sowjetzonenrepublik ist für die westdeutschen Handelspartner aus mancherlei Gründen schwer. Die strenge Zweiseitigkeit aller Geschäfte (also praktisch Ware gegen Ware, Zug um Zug), die sogenannte Bilateralität des Außenhandelsystems der Zone (wie überhaupt des Ostblocks) steckt die Grenzen ab, in denen sich der Warenverkehr abwickeln kann; seine Höhe bestimmt sich aus der Fähigkeit der Zone, Waren zu liefern, die für den westdeutschen Markt von Interesse sind; naturgemäß ist hier gegenwärtig nur eine relativ geringe Variationsbreite gegeben.

*

Zehn Tage Messe in Leipzig, zehn Tage, in denen die Stadt zum Schnittpunkt zweier Welten wird. Es sind Tage der Repräsentation für die Sowjetzonenrepublik. Messegäste aus aller Welt bummeln durch die fahngeschmückten Straßen der Leipziger Innenstadt. In „Auerbachs Keller“, im „Haus Leipzig“, in der „Femina-Bar“ oder im „Burgkeller“ geht es hoch her. Theater und Oper bieten unverfügbare Programme klassischer Meister.

Die Schaufenster der Leipziger Ladengeschäfte und Warenhäuser standen in diesem Jahr unter dem Motto „Völkerfrühling 1960“. Im Hinblick auf die bevorstehende Gipfelkonferenz war die Rede von der „internationalen Eisschmelze“.

Nun, in Gesprächen – auch mit Parteimitgliedern – konnte man manch offenes Wort hören, aber nicht immer erklang es nur zum Lob der Sowjetzonenrepublik. Man ist zwar stolz auf bisher erreichte Leistungen, aber man weiß auch um die eigenen Schwächen und Schwierigkeiten, seien sie nun in der Rohstoffversorgung, in der Konstruktion oder gar in der Fertigung anzutreffen. Im Zwiegespräch wird manche Kritik laut, sowohl an der Politik der Partei als auch am System der Planwirtschaft, die eingestandenermaßen der Zonenwirtschaft in vieler Beziehung eine Zwangsjacke auferlegt. Aber entweder marschiert man im guten oder opportunistischen Glauben an den „Sieg des Sozialismus“ mit – oder man hat resigniert; jeder versucht das Beste aus seiner Lage zu machen.

Im übrigen schreitet die Kollektivierung in allen Bereichen unaufhaltsam weiter fort. Man wagt kaum, an das Ende dieser Entwicklung zu denken...

Integration durch Wirtschaftsblöcke?

Nach der EWG nun auch Kleine Freihandelszone

Am 20. November 1959 unterzeichneten in Stockholm die Außenminister von Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark, der Schweiz, Österreich und Portugal den Vertrag zur Bildung einer sogenannten Kleinen Freihandelszone. Ihre offizielle Bezeichnung „European Free Trade Association“ ist in der Abkürzung EFTA bereits zu einem festen Bestandteil des europäischen Vokabulars geworden. Zweck der EFTA ist die Beseitigung der Zölle und Einfuhrkontingente für Industriewaren im Handel zwischen den Mitgliedsländern, bei denen allerdings nur die europäischen Gebiete erfaßt werden, also nicht überseeische Besitzungen oder Commonwealth-Mitglieder. Im Gegensatz zur 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der die Länder Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Holland, Belgien und Luxemburg angehören (vergleiche WZ 3/58 und 2/59), ist nicht an die Errichtung eines gemeinsamen Außenhandelszolltarifs gedacht. — Wir wollen versuchen, die Gründe, die zur Bildung der EFTA geführt haben, und die sich aus diesem neuen Wirtschaftsblock ergebenden Probleme für eine weitergehende Wirtschaftsintegration unseres Kontinents aufzuzeigen.

Große Freihandelszone: An nationalen Belangen gescheitert

Nach der Bildung der EWG im Jahre 1957, die eine fortschreitende Wirtschaftsverflechtung ihrer sechs Mitgliedstaaten vorsieht, beglückwünschte man sich dazu, mit der EWG einen ersten Schritt in Richtung auf eine gesamteuropäische Integration der einzelnen nationalen Volkswirtschaften getan zu haben. Das nächste Ziel sollte die Bildung einer Großen Freihandelszone sein, die auch jene sieben Länder umfassen sollte, die sich — als enttäuschte Europäer — nun vor einigen Monaten zur EFTA zusammengeschlossen haben.

Der Gedanke, Europa zu einem möglichst einheitlichen großen Markt zu machen, die hemmenden Zollschranken im innereuropäischen Warenaustausch abzubauen, bestach zunächst alle Verfechter der Europaidee. Aber sobald man an die Verwirklichung ging, stellten sich nationale Bedenken und Eigensüchte ein, schienen die Opfer, die bei einem Zusammenschluß von einzelnen stets gefordert werden müssen, zu hoch.

Insbesondere am Widerstand Frankreichs, das in der EWG eine stärkere Position als in einer großen Freihandelszone behaupten zu können glaubte, und Großbritanniens, das seine Vorzugstellung im Commonwealth nicht auf den Opfertisch Europas zu legen gewillt war, scheiterte das schon recht weit gediehene Projekt. Die Bundesrepublik, die eine Vermittlerrolle hätte übernehmen können, wußte schließlich nicht, ob sie politischen Verpflichtungen oder wirtschaftlichen Einsichten den Vorzug geben sollte — und stand abseits. Damit blieb zunächst die EWG als Wirtschaftsblock sich selbst überlassen, während die übrigen europäischen Staaten mit gemischten Gefühlen die mögliche Entwicklung Kleiner Europas zu einem protektionistischen Markt verfolgten. Sie befürchteten nämlich, daß über kurz oder lang auf Grund der im EWG-Vertrag vorgesehenen Handels- und Zollpolitik ihre Stellung auf dem kontinentaleuropäischen Markt in zunehmendem Maße schwächer werden würde.

Wie sehr diese Befürchtungen berechtigt sind, ergibt sich aus der Zielsetzung der EWG: Unbehinderter Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den EWG-Staaten einschließlich ihrer überseeischen Besitzungen vor allem durch den Abbau der Zölle und Einfuhrbeschränkungen innerhalb der EWG; Errichtung eines gemeinsamen Marktes, Annäherung der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik. Diese Entwicklung zu einer Zollunion im Verlauf von 12–15 Jahren bei gleichzeitiger Errichtung eines gemeinsamen Außenzolltarifs mußte jedem Land, das außerhalb der EWG stand, die Gewißheit geben, daß hier ein großer Markt im Entstehen begriffen ist, an dessen Außenzollmauer, die einer Schutzzollmauer ähnelt, schließlich jeder Außenseiter scheitern kann. Das Wort vom kleineuropäischen Protektionismus war verbitterter Ausdruck der enttäuschten kleinen europäischen Länder außerhalb der EWG.

EFTA: Der Gegen-Klub zur EWG

In den Jahren 1958/59 wurde der Traum von der Bildung einer großen Freihandelszone vorerst ausgeträumt. Europa war um eine Illusion ärmer. Was lag also näher, als daß jene Staaten, die der EWG nicht angehörten, zur Selbsthilfe griffen. Großbritannien, das befürchtete, in eine Außenseiterposition auf dem kontinentaleuropäischen Markt gedrängt zu werden, näherte sich nun Schweden, das bereits die Initiative zur Bildung eines zweiten europäischen Wirtschaftsblocks ergriffen hatte. Es galt, der EWG einen eigenen Wirtschaftsblock entgegenzusetzen, der allein in der Lage sein könnte, ein wirtschaftliches und handelspolitisches Ungleichgewicht in Europa zu vermeiden.

Nachdem am 20. November 1959 die EFTA in Stockholm aus der Taufe gehoben worden war, währte die Freude nur kurz. Gar bald stellte sich nämlich ein Unbehagen ein, das aus dem fast zur Gewißheit verdichteten Gefühl resultierte, mit der Bildung dieser neuen Freihandelsvereinigung der europäischen Integration nicht nur nicht nähergekommen zu sein, sondern im Gegenteil einen Keil zwischen alle Integrationsbestrebungen in Europa getrieben zu haben. Paradoxerweise war ja nicht die Abkehr vom Gedanken des Freihandels, also des möglichst ungehemmten internationalen Warenaustausches, sondern gerade die Verschmelzung der europäischen Volkswirtschaften Ziel aller Bemühungen gewesen.

Läßt sich eine Brücke schlagen?

Kaum bestanden in Europa die beiden Wirtschaftsblöcke nebeneinander, als man sich bereits gegenseitig zu versichern begann, daß ein Handelskrieg keineswegs beabsichtigt wäre. Um das Beste aus der verfahrenen Situation zu machen, beteuerte man, daß die beiden Wirtschaftsblöcke ohne weiteres im besten Einvernehmen nebeneinander bestehen können, wenn sie nur gewillt seien, nach den Spielregeln des den Warenaustausch fördernden Freihandels zu operieren.

Zugegeben, die EWG gibt sich betont freihändlerisch, aber viele Skeptiker sehen nicht ohne Grund im Aufbau des geplanten Außenzolltarifs das genaue Gegenteil der laut propagierten Freihandelsthesen. Die EFTA hat bewußt auf einen solchen Tarif verzichtet; ihre Mitglieder gewähren sich lediglich handelspolitische Vorteile und günstige Zollsätze, die den EWG-Mitgliedern natürlich vorenthalten werden.

Die Industrien im Bereich der beiden Wirtschaftsblöcke jedoch sind in hohem Maße daran interessiert, auch in Zukunft ihre Waren in beiden Märkten abzusetzen. Dies kann ihnen aber am reibungslosesten nur gelingen, wenn sie die Zollschranken, die die beiden Blöcke nun trennen, unterlaufen. Die verschiedentlich bereits praktizierte Möglichkeit hierzu ist die Errichtung von Zweigwerken im „anderen“ Wirtschaftsblock. Allerdings werden die hierfür erforderlichen Investitionen in vielen Fällen nicht nach den besten Produktionsbedingungen, sondern nach zollpolitischen Erwägungen durchgeführt, was mannigfaltige volkswirtschaftliche Nachteile nach sich zieht. Aber es hilft nichts: Viele wichtige Werke im EWG-Raum werden nicht auf Lieferungen in Länder der Kleinen Freihandelszone verzichten können; umgekehrt sind auch die Industrien der EFTA auf den EWG-Markt angewiesen.

Großbritannien, das sich aus Sorge, durch die EWG-Zollmauer aus dem kontinentaleuropäischen Markt verdrängt zu werden, der EFTA anschloß, um wenigstens hier gut ins Geschäft zu kommen, ist das erste Land, das nach Bildung des von ihm mitbegründeten zweiten Wirtschaftsblocks bereits die Fühler zur EWG hin ausgestreckt hat. Die britische Industrie, die sich im EFTA-Raum gute Marktchancen errechnet, möchte gar zu gerne auch ihren Anteil am kontinentaleuropäischen Markt — selbst unter Zugeständnissen — nicht nur halten, sondern vergrößern. Es wird nach einer Brücke gesucht, die beide Blöcke miteinander verbinden könnte. Noch aber zeichnet sich keine Möglichkeit einer konkreten Annäherung ab.

Erwogen wurde bereits, die auf Eis liegende Westeuropäische Union (WEU), der Mitglieder sowohl der EWG als auch der EFTA angehören, als gemeinsame Basis nutzbar zu machen. Die WEU ist allerdings ein Verteidigungsbündnis, dem die neutralen EFTA-Mitglieder Schweden, Schweiz und Österreich nur unter Preisgabe ihrer Neutralität beitreten könnten. Vor einem gleichen Problem stünde man, wollte man die NATO zur Grundlage einer westeuropäischen Freihandelszone oder gar einer Atlantischen Wirtschaftsgemeinschaft — einschließlich der USA — nehmen. Die handelspolitischen Experten sind sich jedoch darüber einig, daß erst einmal EWG und EFTA den Weg zueinander finden müssen.

Eine vom Ministerrat der EWG angebotene Möglichkeit hierzu bietet sich vielleicht über die Anwendung der Meistbegünstigung im Rahmen des GATT oder auf Grund einzelner Handelsverträge an. Allerdings müßte bis zum 30. Juni 1960 etwas Entscheidendes unternommen werden. An diesem Tage nämlich nehmen die EWG-Mitglieder ihre zweite Zollsenkung vor, und die EFTA-Mitglieder beabsichtigen zum gleichen Zeitpunkt untereinander ihre Zölle um 20 % zu senken.

Was immer unternommen wird, es muß rasch geschehen, soll der Europa-Wagen wieder flottgemacht werden. Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Entfaltung der Sowjetunion, ja des Ostblocks überhaupt, muß sich Europa auf sich selbst besinnen, will es in der Zukunft eine Chance haben.

Ende Januar veröffentlichte die Deutsche Bundesbank in Frankfurt am Main ein Memorandum über die Lohn- und Preisentwicklung in der Bundesrepublik. Das Gutachten war vom Bundeskanzler angefordert worden, da er sich eine Arbeitsgrundlage für die Bestimmung der Lohn- und Preispolitik im Jahre 1960 verschaffen wollte. Die Bundesbank, allgemein als „Hüterin unserer Währung“ bezeichnet, gilt als unabhängig sowohl von der Regierung als auch von der Wirtschaft. Ihr Urteil wird von Arbeitgebern wie von Arbeitnehmern gleichermaßen stets als abgewogen und unparteiisch empfunden. Die Empfehlungen der Bundesbank werden von der Wirtschaft aufmerksam studiert und bei den wirtschaftspolitischen Aktionen der Wirtschaftspartner wohlwogen. — Im vergangenen Herbst spürten vor allem die Hausfrauen deutlich, daß die Lebensmittelpreise zu klettern begannen; auch viele Preise industrieller Erzeugnisse zeigten in der zweiten Hälfte des Jahres 1959 eine steigende Tendenz. Die Gewerkschaften kündigten nicht zuletzt deshalb für 1960 Forderungen auf Lohn- und Gehaltserhöhungen an. Was sagt nun das Memorandum der Bundesbank, dem eine Untersuchung der gesamtwirtschaftlichen Konjunkturlage zugrunde liegt, zu dieser Entwicklung? Die folgenden Ausführungen, die gewiß das Interesse unserer Leser finden werden, geben kommentarlos den Inhalt des Memorandums in seinen wesentlichen Punkten wieder.

Das Konjunkturklima 1959

Das zu Anfang des Jahres 1959 noch recht kühle Konjunkturklima erhitzte sich im Verlauf des Jahres in zunehmendem Maß, so daß etwa von der Jahresmitte an die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen die Ausweitungsmöglichkeiten des Angebots überstieg. Die wichtigste Triebkraft bildete die Investitionstätigkeit. Die Ergiebigkeit des Kapitalmarktes und der erhöhte Einsatz öffentlicher Mittel (Steuer Gelder) regten zunächst den Wohnungsbau und öffentliche Bauvorhaben (Straßenbau, sozialer Wohnungsbau, Schul- und Krankenhausbau usw.) an. Das im Verlauf des Jahres immer knapper werdende Angebot an Arbeitskräften versuchte die gewerbliche Wirtschaft (Industrie, Handel usw.) in verstärktem Umfang durch Rationalisierungsinvestitionen auszugleichen. Die optimistische Einschätzung der Konjunkturlage führte darüber hinaus zu erhöhten Erweiterungsinvestitionen. Die Lagerhaltung bei Industrie und Handel nahm zu. Schließlich setzte noch eine starke Steigerung der Auslandsnachfrage — also eine verstärkte Exporttätigkeit — ein.

Während der Konjunkturaufschwung im ersten Halbjahr 1959 durch zunehmende Ausnutzung bis dahin unterbeschäftigter Kapazitäten noch ohne größere Spannungen verlief und zudem die Einführen stärker zunahmen als die Ausfuhren, ergab sich eine leichte Entlastung der inländischen Warenmärkte.

Vom Sommer 1959 ab begann sich die Gefahr einer Konjunkturüberhitzung deutlicher abzuzeichnen: Die Lieferfristen wurden länger, die Produktionskapazitäten wurden vielfach über das normale Maß hinaus ausgelastet. Überall wurde der Arbeitskräftemangel zu einem nur noch schwer zu überwindenden Engpaß für eine weitere Produktionssteigerung. Ende 1959 war noch keine Verlangsamung der Expansion abzusehen; vielmehr war in verschiedenen Bereichen eine Beschleunigung (z. B. Auslandsnachfrage) zu erkennen. Auch der private Verbrauch scheint inzwischen ebenfalls in den Sog der Hochkonjunktur geraten zu sein.

Das Bundesbankgutachten stellt hierzu fest: „Bei dem wachsenden Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage schwächte sich der Wettbewerb der Unternehmer ab, die Neigung, Kostenverminderingen in sinkenden Preisen weiterzugeben, erlahmte, und die preissteigernden Tendenzen gewannen schließlich die Oberhand. Ein ähnlicher Wandel vollzog sich auch auf dem Gebiet der Löhne. Während sich die Gewerkschaften zu Beginn des Jahres 1959 unter dem Eindruck der konjunkturellen Abschwächung des Jahres 1958 in der Lohnpolitik zunächst verhältnismäßig bescheidene Ziele gesteckt hatten, sahen sie sich im späteren Verlauf des Jahres infolge ihrer verbesserten Position auf dem Arbeitsmarkt zu größeren Forderungen ermutigt.“

Preisentwicklung 1959

Das Preisniveau blieb in der ersten Hälfte 1959 praktisch unverändert. Infolge der konjunkturellen Flaute 1958 und rückläufiger Weltmarktpreise überwogen bei den industriell erzeugten Gütern sogar die Preissenkungen. Der Lebenshaltungskostenindex der Verbraucher verharrte auf dem im Jahre 1958 erreichten Stand von 119 (1950: 100).

Diese stabile Preissituation änderte sich um die Jahresmitte 1959: Im Agrarsektor (also Lebensmittel) führte die Dürre zu einer Verknappung des Angebots und somit zu Verteuerungen; im industriellen Sektor veränderte sich das Preisklima infolge der steigenden Nachfrage.

Bundesbank empfiehlt: Maßhalten

Zum Thema „Verbraucherpreise“ schreibt die Bundesbank: „Von der Jahresmitte 1959 ab zeigten auch die lohnpolitisch so bedeutungsvollen Verbraucherpreise einen aufwärts gerichteten Trend. Der Preisindex für die Lebenshaltung stieg von November 1958 bis November 1959 um 3,8 %, davon allein von Juli bis November um 3,3 %. Das Schwergewicht der Preissteigerung lag im Ernährungssektor. Hier waren die Verbraucherpreise im November um 6,6 % höher als im November 1958. Von der Steigerung der gesamten Lebenshaltungskosten um 3,8 % entfielen etwa 3 % auf die Ernährungskosten und nur 0,8 % auf die übrigen Waren und Leistungen. Allerdings wird festgestellt, daß die Steigerung der Lebensmittelpreise weniger konjunkturbedingt als vielmehr witterungsbedingt war. Die zunächst etwas zögernd, dann aber mit größerer Energie durchgeführten Maßnahmen zur Vermehrung des Angebots an Nahrungsmitteln — durch Öffnung der Einfuhrschleusen — haben in jüngster Zeit wieder zu einer Rückbildung von einzelnen Lebensmittelpreisen (z. B. für Butter, Fleisch, Kartoffeln) geführt. Es ist zu hoffen, daß bei Fortsetzung dieser Maßnahmen und bei günstiger Ernte im Jahr 1960 weitere Preisrückgänge, vor allem bei Obst und Gemüse, eintreten werden. Was die Preisbildung bei industriellen Verbrauchsgütern betrifft, so wäre es unrichtig, die seit Sommer eingetretenen leichten Preissteigerungen zu überschätzen. Auf der anderen Seite darf man aber die Augen nicht vor den latenten Gefahren verschließen, die von der konjunkturellen Übernachfrage und den massiven Lohnforderungen auf die künftige Preisentwicklung ausgehen. Schlimm ist nicht so sehr, was passiert ist, sondern vielmehr das, was passieren wird, wenn man diesen Gefahren nicht entgegentritt.“

Löhne und Produktivität

Die allgemeine wirtschaftliche Expansion im vergangenen Jahr hatte einen ständigen Anstieg der Löhne und Gehälter im Gefolge. Die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten erhöhten sich im Jahresdurchschnitt 1959 um rund 4 %. In der gleichen Zeit hat das reale Bruttosozialprodukt je Erwerbstätigen, das üblicherweise als ein Maß für die gesamtwirtschaftliche Produktivität gewertet wird, ebenfalls um rund 4 % zugenommen. Daraus ergibt sich, daß die Lohnsteigerungen im Jahre 1959 praktisch „preisneutral“ geblieben sind, d. h. die Erhöhung der Durchschnittsverdienste und die Produktivitätssteigerungen haben sich in etwa ausgeglichen. Hierbei muß aber berücksichtigt werden, daß sich die Verhältnisse zwischen Löhnen und Produktivität sowohl in den wichtigsten Wirtschaftsbereichen als auch im zeitlichen Ablauf des Jahres sehr unterschiedlich entwickelt haben.

Der hohe Produktivitätsfortschritt in der Industrie — er lag bei etwa 6,9 % gegenüber nur 4 % der Gesamtwirtschaft — erklärt sich vor allem mit dem Hineinwachsen der Produktion in bis dahin nicht voll genutzte Kapazitäten. Da hier der Anstieg der Löhne und Gehälter um 4,6 % hinter der Produktivitätssteigerung zurückblieb, sanken die Lohnkosten je Produktionseinheit; es blieb also Raum für Preissenkungen. Wie schon erwähnt, gingen die Erzeugerpreise der Industrie bis Mitte 1959 zurück. Seit August zeigten sie leicht steigende Tendenz: Sofern nicht andere Kostensteigerungen, etwa Verteuerung ausländischer Rohstoffe, dazu führten, dürften sich im zweiten Halbjahr 1959 die Gewinne nicht nur infolge wachsender Umsätze, sondern — auf Grund der ungewöhnlich kräftigen Nachfrage — auch infolge einer Ausweitung der Gewinnspannen erhöht haben.

In den nichtindustriellen Bereichen (Landwirtschaft, Handel, Banken, Verkehr, öffentliche Verwaltung, sonstige Dienstleistungsbranchen) wurden nur verhältnismäßig geringe Produktivitätsfortschritte, vielfach sogar überhaupt keine erzielt. Für die Erhöhung der Löhne und Gehälter bzw. die Verkürzung der Arbeitszeit bei Lohnausgleich bestand in vielen dieser Bereiche also keine oder nur ungenügende Gelegenheit zur Kompensation von Lohnerhöhungen gegen Produktivitätszuwachs. Der Ausgleich mußte deshalb in der Heraufsetzung der Preise (und Gebühren) oder in einer Ausweitung der Handelsspannen gesucht werden.

Die Stabilerhaltung des Preisniveaus würde — gesamtwirtschaftlich gesehen — erfordern, daß die in der Industrie erzielten Produktivitätssteigerungen nicht allein in Lohnerhöhungen umgewandelt werden, sondern daß ein Teil davon in Form von Preissenkungen an die Konsumenten weitergegeben wird. Nur so kann ein Gegengewicht gegen die mehr oder weniger zwangsläufigen Preissteigerungen in den Dienstleistungsbereichen geschaffen werden.

Wenngleich die Bundesbank auch feststellt, daß im Jahresdurchschnitt 1959 die Lohnbewegung global gesehen annähernd „preis-

neutral“ geblieben ist, so merkt sie doch konjunkturelle Auftriebstendenzen an, die sich besonders gegen Ende des Jahres in der Effektivlohn-Entwicklung bemerkbar gemacht haben. Hervorgehoben werden die sogenannten „kalten“ Lohnerhöhungen, die vor allem eine Folge der wachsenden Konkurrenz der Arbeitgeber um die knapp werdenden Arbeitskräfte sind; es handelt sich hierbei nicht allein um übertarifliche Lohnzulagen, sondern auch um Handgelder, Trennungsentschädigungen und ähnliches. Man kann von Lohnerhöhungen ohne Tarifzwang sprechen.

Auch bei den Tarifabschlüssen, die im Verlauf des Jahres 1959 für rund 15 Mill. Arbeitnehmer Lohnerhöhungen brachten, wurde besonders gegen Ende des Jahres die Tendenz unverkennbar, kräftigere Lohnerhöhungen zu vereinbaren als etwa um die Mitte des Jahres.

Lohnpolitische Situation Anfang 1960

Die bereits am Ende des Jahres 1959 zu beobachtende lohnpolitische Aktivität der Arbeitnehmer wird sich aller Voraussicht nach in diesem Jahr fortsetzen. An der Jahreswende waren die Lohnsätze für etwa 4,8 Mill. Arbeitnehmer gekündigt. Bis zum Ende des zweiten Quartals werden Lohnsatisfabkommen für fast 5 Mill. Beschäftigte kündbar, darunter Ende Juni die meisten Tarifverträge der Metallindustrie.

Die Bundesbank schreibt hierzu: „Angesichts der Häufung von Kündigungen und der dabei geltend gemachten Forderungen (sie schwanken zwischen 6 % bis 15 % der Gehälter bzw. Ecklöhne) ergibt sich die Frage, inwieweit im Jahre 1960, güterwirtschaftlich betrachtet, ein Spielraum für Lohnerhöhungen besteht.

Lohnerhöhung bedeutet zweierlei: Erhöhung der Produktionskosten und zusätzliche Kaufkraft im Konsumbereich.

Erhöhte Kosten haben nur dann keine preissteigernde Tendenz, wenn sie durch erhöhte Leistungen, bezogen auf den Beschäftigten, sei es durch stärkere Ausnutzung der Kapazitäten, sei es durch erhöhten Maschineneinsatz, sei es durch bessere Betriebsorganisation, kompensiert werden können, d. h. wenn die Produktivität entsprechend gesteigert werden kann. Sie wirken auch dann nicht preissteigernd, wenn sie durch eine Verringerung der Gewinnspanne der Unternehmungen aufgefangen werden.

Ein erhöhtes Arbeitseinkommen ist nur dann preisneutral, wenn ihm ein entsprechend erhöhtes Angebot an Gütern und Dienstleistungen gegenübersteht oder im gleichen Umfang gespart wird.“

Wegen dieser vielschichtigen Zusammenhänge kann die Bundesbank Angaben über den möglichen Spielraum volkswirtschaftlich vertretbarer und die Preisstabilität nicht gefährdender künftiger Lohnerhöhungen nur mit Vorbehalten machen. Sie geht in ihrem Gutachten deshalb von der Frage aus, mit welcher realen Steigerung des Sozialprodukts (also der Summe aller von der Volkswirtschaft erarbeiteten Güter und Dienstleistungen) und der Produktivität im Jahre 1960 voraussichtlich gerechnet werden kann.

Das Gutachten der Bundesbank lautet hierzu: „Nach sorgfältiger Erwägung der maßgeblichen Faktoren kommen wir zu dem Ergebnis, daß sich das Sozialprodukt im Jahre 1960 kaum mehr im gleichen Ausmaß steigern lassen wird wie im Jahre 1959. Einmal ist damit zu rechnen, daß die Zahl der Erwerbstätigen nicht mehr so stark zunehmen wird wie im Vorjahr (weitgehende Ausschöpfung des heimischen Arbeitsmarktes, wahrscheinlicher Rückgang der Zuwanderung). Während sich die Zahl der Erwerbstätigen im Jahre 1959 noch um 1,7 % erhöht hat, dürfte sie im Jahre 1960 höchstens noch um 1 % zunehmen. Zum anderen ist nicht ohne weiteres mit einer gleichen Produktivitätssteigerung wie im Jahre 1959 — nämlich etwa 4 % — zu rechnen. Einer gleich starken Produktivitätssteigerung wird vor allem entgegenstehen, daß unausgenutzte Kapazitäten, wenn überhaupt, so nur noch in geringem Maß vorhanden und auch die Arbeitskräfte reserven in den Betrieben wesentlich geringer geworden sind. Kompensierend könnte allerdings wirken, daß die Arbeitszeit nicht wie im Jahre 1959 weiter eingeschränkt wird. Ob das der Fall sein wird, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Aber selbst wenn auf eine weitere Einschränkung der Arbeitszeit verzichtet würde, wird das Produktionsergebnis, berechnet je Erwerbstätigen, infolge der angeführten Gegenkräfte kaum stärker als im Jahre 1959 — 4 % — zunehmen können. Im Falle einer ähnlich starken Kürzung der Arbeitszeit wie im Jahre 1959 würde die mögliche Zunahme des Produktionsergebnisses — bezogen auf den Erwerbstätigen — um etwa 1 % geringer sein.

Unter Berücksichtigung der Zunahme der Erwerbstätigen um rund 1 % ergibt sich, daß das gesamte Bruttosozialprodukt im Jahre 1960 — in konstanten Preisen gerechnet — um maximal 5 %, bei Annahme einer gleichgroßen Arbeitszeitverkürzung wie 1959 aber nur um etwa 4 % steigen könnte.“

Keine Lohnerhöhung auf Kosten der Konsumenten

Die von der Bundesbank für möglich gehaltene Produktivitätssteigerung von 3 bzw. 4 % in 1960 kann natürlich nur ein grober Maßstab für die Höhe der Lohn- und Gehaltssteigerung sein, die von der Kostenseite her als preisneutral betrachtet werden könnten. Es ist wohl damit zu rechnen, daß in vielen industriellen Bereichen ein höherer Produktivitätszuwachs erreicht werden kann. Das soll aber nicht heißen, daß dort eine Lohnerhöhung über den durchschnittlichen Produktivitätszuwachs hinaus preispolitisch ungefährlich wäre, auch wenn die Möglichkeit bestehen sollte, die stärkeren Lohnerhöhungen kostenmäßig zu verkraften. Bei der weitgehenden inneren Abhängigkeit aller Löhne voneinander wäre nämlich zu befürchten, daß in Wirtschaftsbereichen mit geringem oder gar keinem Produktivitätszuwachs das Lohnniveau in ähnlichem Umfang nachgezogen wird wie in günstiger gestellten Wirtschaftsbereichen. Das Fehlen von Kostenausgleichsmöglichkeiten würde in den unter ungünstigeren Kostenbedingungen arbeitenden Wirtschaftszweigen zu erheblichen Preisauftriebstendenzen führen. Die Preisentwicklung hängt aber nicht nur von der Kostenentwicklung, sondern auch von der jeweiligen Marktlage ab. Die Jahre 1958 und 1959 sind hierfür gute Beispiele: Im Jahre 1958 waren gesamtwirtschaftlich gesehen die Lohnsteigerungen erheblich stärker als die Produktivitätszunahme. Der flauere Geschäftsgang und der dadurch verursachte Wettbewerbsdruck andererseits ließen nur geringe Preissteigerungen zu; die Gewinnspanne wurde eingeeengt. Im Jahre 1959 dagegen hielten sich Lohnerhöhungen und Produktivitätsfortschritte etwa die Waage. Die Preise stiegen vornehmlich deshalb leicht an, weil der Preisstabilität günstig beeinflussende Wettbewerb mit dem Konjunkturaufschwung, also mit der zunehmenden Nachfrage, merklich nachließ.

Die Bundesbank kommt in ihrem Gutachten zu dem Schluß: „Hätten die Unternehmen der Wirtschaftszweige mit überdurchschnittlich hohem Produktivitätszuwachs ihre Produktivitätsgewinne in den Jahren 1958 und 1959 in stärkerem Maße zu Preissenkungen verwandt, so hätte dies die Lohnforderungen der Gewerkschaften sicher gemäßigt und nicht zu einem so starken Investitionsboom geführt, wie er augenblicklich festzustellen ist. Die Marktlage gestattete ihnen jedoch eine Preisgestaltung, bei der solche längerfristigen volkswirtschaftlichen Überlegungen zu kurz kamen.“

Auch die gegenwärtige Marktlage steht noch im Zeichen der Übernachfrage und würde es den Unternehmen möglich machen, erhöhte Lohnkosten über die Preise auf die Konsumenten abzuwälzen, was ja nichts anderes bedeutet als Preiserhöhungen.

Zwar sind die Bremsen der Kreditpolitik (Diskontsatz, Mindestreserven des Bankensystems) bereits merklich angezogen, aber die Kreditpolitik hat bislang — wie das Bundesbankgutachten meint — „noch keine ausreichende Unterstützung durch die öffentliche Finanzpolitik gefunden. Der Trend der öffentlichen Ausgaben ist noch immer stark nach oben gerichtet, und für einen nicht unbedeutenden Teil der Ausgaben ist weiter die Kreditfinanzierung vorgesehen.“ Überdies hat sich die Auslandsnachfrage seit einiger Zeit weiter verstärkt.

Seit dem dritten Quartal 1959 hat die Bildung von Ersparnissen — im Verhältnis zu den verfügbaren Einkommen — der privaten Haushalte nachgelassen. Sollte die Entwicklung, die auf einen steigenden Konsum schließen läßt, anhalten, so wird die sich aus Kosten- und Gehaltserhöhungen ergebende Einkommenssteigerung nur zu einer weiteren Steigerung der Konsumnachfrage und nicht mehr, wie bis Mitte 1959, zu einer weiteren Erhöhung der Sparquote führen; Preissteigerungen wären also möglich.

Da die Unternehmer auf Grund der gegenwärtigen Marktlage zumindest einen Teil erhöhter Lohnkosten auf den Konsumenten abwälzen könnten, würden Lohnsteigerungen über die Erhöhung der durchschnittlichen Produktivität hinaus mit ziemlicher Sicherheit preissteigernde Tendenzen auslösen. Im Interesse der Wahrung der Preisstabilität müßte daher den expansiven Nachfragekräften noch stärker als bisher entgegengewirkt werden. Für die Bundesbank, die schon seit dem Herbst 1959 durch restriktive Maßnahmen (insbesondere durch Erhöhung des Diskontsatzes) in dieser Richtung wirkt, würde das den Zwang zu einer weiteren Verstärkung ihres nachfragebeschränkenden Kurses bedeuten. Darüber hinaus läßt die Bundesbank in ihrem Gutachten keinen Zweifel darüber, daß auch entsprechende Maßnahmen der übrigen konjunkturpolitischen Instanzen — hier ist wohl vornehmlich an die öffentliche Hand gedacht, aber auch an die Sozialpartner — einsetzen müssen. Die Bundesbank allein kann die Preisstabilität nicht garantieren, so sehr sie sich auch darum bemühen mag.

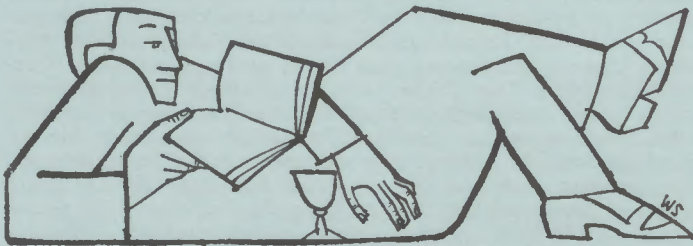
Arbeiten, um Muße zu haben

Eine Meditation von Thaddäus Troll

Muße — welch ein altmodisches Wort! Tachonadel, Fließband, Terminkalender, Lochkartensystem, Automation, Polarroute — wo ist da Platz für die Muße? Gallupumfrage: Was verstehen Sie unter Muße? Eine griechische Göttin — eine Art Freizeitgestaltung — keine Meinung — eine Ausrede für Faulenzen.

Keine Zeit — Leider kann ich keinen Termin für Sie frei machen — Beilen Sie sich, dann schaffe ich noch die Maschine nach Sidney — Wo sind die Akten Raketentreibstoff Alpha? — Melden Sie ein Blitzgespräch mit Mailand an — Keine Zeit!

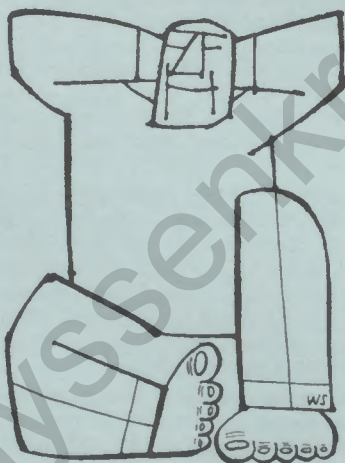
Die Muße ist geflohen. Sie lebt in der Emigration. Bei einem sizilianischen Ziegenhirten. Bei einem Einsiedler auf dem Athos.



Bei einer alten Gräfin auf einem Gut in Dalarne. Bei einem Maler in der Provence. Bei einem Gelehrten in Oxford. Bei einem Leuchtturmwächter am Kattegat.

In der deutschen Sprache ist sie ein Aschenputtel, das sich viel gefallen lassen muß. Trotz ihrer edlen Herkunft. Wie viel erlauchte Geister haben schon ihr Lob gesungen! „Ein Gott schuf uns diese Muße!“ sagt Vergil. Cicero spricht von der „Muße mit Würde“, und Aristoteles behauptet: „Wir arbeiten, um Muße zu haben.“

Die auf Nützlichkeit bedachte Aufklärung brachte die Muße in Verruf. Der Pietismus stäubte sie. Er stellte die Arbeit ins Zentrum unseres Lebens; harte Arbeit als graue Fron, im Schweiß unseres Angesichts verrichtet zur Buße der Erbsünde. „Man arbeitet nicht allein, daß man lebt, sondern man lebt um der Arbeit willen“, fordert Graf Zinzendorf, der Stifter der Brüdergemeine. Von diesem strengen Standpunkt aus beleuchtet wirkt die Muße fast unmoralisch. In der Gründerzeit schoß die deutsche Tüchtigkeit ins Kraut und erstickte das zarte Gewächs der Muße. In Vierjahresplänen ist sie nicht eingepflanzt, da ist nur Platz für die lärmende Freizeitgestaltung, die mit der Muße so viel gemein



hat wie eine Ausfuhrungsbestimmung zum Umsatzsteuergesetz mit einem Psalm Davids. Im Arbeitsfanatismus des Wiederaufbaus, im ameisenhaften Betrieb des Wirtschaftswunders ist sie verfehmt. Der Mensch schuffet und rackert mit einer vagen Sehnsucht nach Muße im Herzen, die er schon nicht mehr zu gestehen wagt, er tarnt sich hinter dem Bedürfnis nach Erholung, er degradiert sie ins Arzneifläschchen unter dem Etikett Entspannung, die er seiner Gesundheit schuldig sei. Der Mensch unserer Tage muß es zu etwas bringen und bringt sich dabei um die Muße.

Im Griechischen bedeuten Muße und Schule dasselbe. Dort war die Muße eine Schwester der Bildung. Schon im Lateinischen jedoch wurde sie zur Antithese der Arbeit: otium die Muße — negotium das Geschäft. Aber erst das utilitaristische und pietistische Denken verkuppelt sie mit der Trägheit, mit der sie doch gar nichts zu schaffen hat, setzt sie in Gegensatz zur Arbeit. Dabei sind Muße und Arbeit Zwillingsschwestern. Erst durch den rhythmischen Wechsel von Muße und Arbeit bekommt unser Leben Reiz, Sinn, Würde und Gehalt.

Während uns zum Begriff Arbeit eine Fülle ehrender Zitate und Gemeinplätze einfallen — Arbeit adelt; Arbeit ist süß, Arbeit schändet nicht; Arbeit ist des Bürgers Zierde — ist die Muße mit wenig Ehren dekoriert. Unsere Sprache hat zwei pervertierte Wort-

bankerte, die mit dem Mutterwort nichts mehr zu tun haben, von der Muße abgeleitet: müßig und Müßiggang. Jener Müßiggang, von dem uns das Sprichwort weismachen will, daß er aller Laster Anfang sei, gibt sich als sprachlicher Vetter der Muße aus. In Wirklichkeit ist der Müßiggang ein Gefäß gefüllt mit der schalen Limonade der Langeweile, während in der Muße, der volle Wein der inneren Versenkung, der Kontemplation enthalten ist.

Im Deutschen kommt Muße — es ist merkwürdig — von müssen. Im Mittelhochdeutschen bedeutet muöze die angemessene Gelegenheit zu etwas. Das kommt dem, was wir unter der Muße verstehen, schon näher: ein paradiesischer Zustand innerer Ruhe, eine Bereitschaft, sich zum Wesentlichen hinzuwenden. Muße und Trägheit sind Gegensätze. Die Muße ist eine produktive Untätigkeit. Wenn Cicero sagt: „Niemand bin ich weniger müßig als in meinen Mußestunden und niemals weniger einsam, als wenn ich allein bin“, so ist darin der Charakter der Muße trefflich gekennzeichnet.

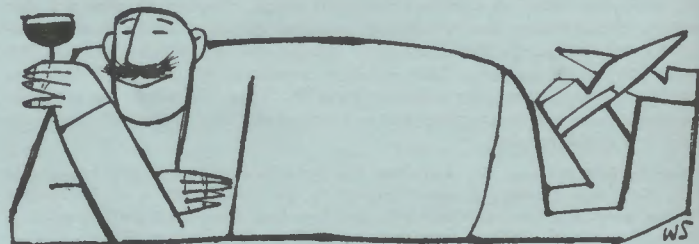
In seiner Arbeit ist der Mensch handelnd, tätig, zupackend, aktiv; in seiner Muße entspannt, offen, bereit, passiv. Die Arbeit ist das männliche, die Muße das weibliche Prinzip des Lebens. Aber der Arbeitskrampf unseres Roboterdaseins ist chronisch geworden. Betriebsamkeit, Lärm und Wichtigtuerei wurden zum unentbehrlichen Dauerreiz, zur ständigen Narkose, die uns über unsere innere Leere hinwegtäuschen, die zehrende Langeweile unserer Freizeit übertäuben.

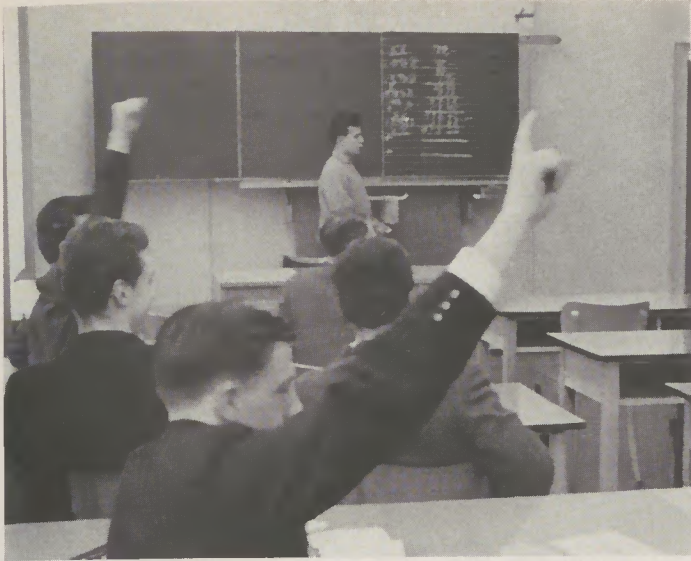
Die Muße verlangt Stille und Einsamkeit. Was sich hinter dem Begriff Freizeitgestaltung maskiert, ist ein gedankenloses Exerzieren in der Herde, bewegt von mechanischem Getöse, vom Fließband und aus dem Lautsprecher der Unterhaltungsindustrie geliefert, das die innere Öde kaschieren soll. Wer aber die Muße sucht, muß sich aus der Herde entfernen. In der Muße steht man außerhalb der Gesellschaft. Sie taugt nur für den, der keine Langeweile kennt, der etwas mit sich anfangen kann. Jedoch für den Betriebsamen, im Arbeitsrausch Verkrampften wirken Ruhe und Einsamkeit zunächst wie der Schock einer Entwöhnungskur. Die Stille gelte in den Ohren; die Einsamkeit macht Angst.

Aber es lohnt sich, diesen Schock zu überwinden, in der Muße sein eigenes Wesen zu finden, wesentlich zu werden, sich selbst und das zu erkennen, was die Welt im Innersten zusammenhält. Nicht umsonst galt im Mittelalter die Vita contemplativa, das beschauliche Leben als ein Weg zum inneren Frieden. „Habet Muße und erkennet, daß ich Gott bin“, heißt es im 46. Psalm.

Die Muße verlangt innere Reife, verlangt die Würde, von der Cicero spricht, und die im Begriff Feierabend enthalten ist. Muße ist nicht Untätigkeit. Muße ist: das tun, was man gerne tut. Sie ist Bereitschaft zur wirtschaftlich nutzlosen, geistig aber sinnvollen Beschäftigung. Allein sein mit seinen Gedanken; ein Spaziergang in den Erinnerungen, bei dem die Ernte des bisherigen Lebens beschaut wird; ein Gespräch mit Freunden; Umgang mit Büchern, Wein und Musik; Spiel mit Kindern; Arbeit im Garten: all das kann Inhalt der Muße sein. Erfüllte Muße ist der Zustand der Götter, der Dichter, der Mönche, der Denker.

In der Muße erlöst sich der Mensch selbst aus der Knechtschaft der Arbeit. Er stimmt seinem wahren Wesen zu und wird eins mit der Schöpfung. Er wird wieder unmittelbares Geschöpf Gottes, sagt ja zum Leben, schaut auf das, was er getan hat, zurück und kommt zu dem Ergebnis: „Und siehe, es war gut.“



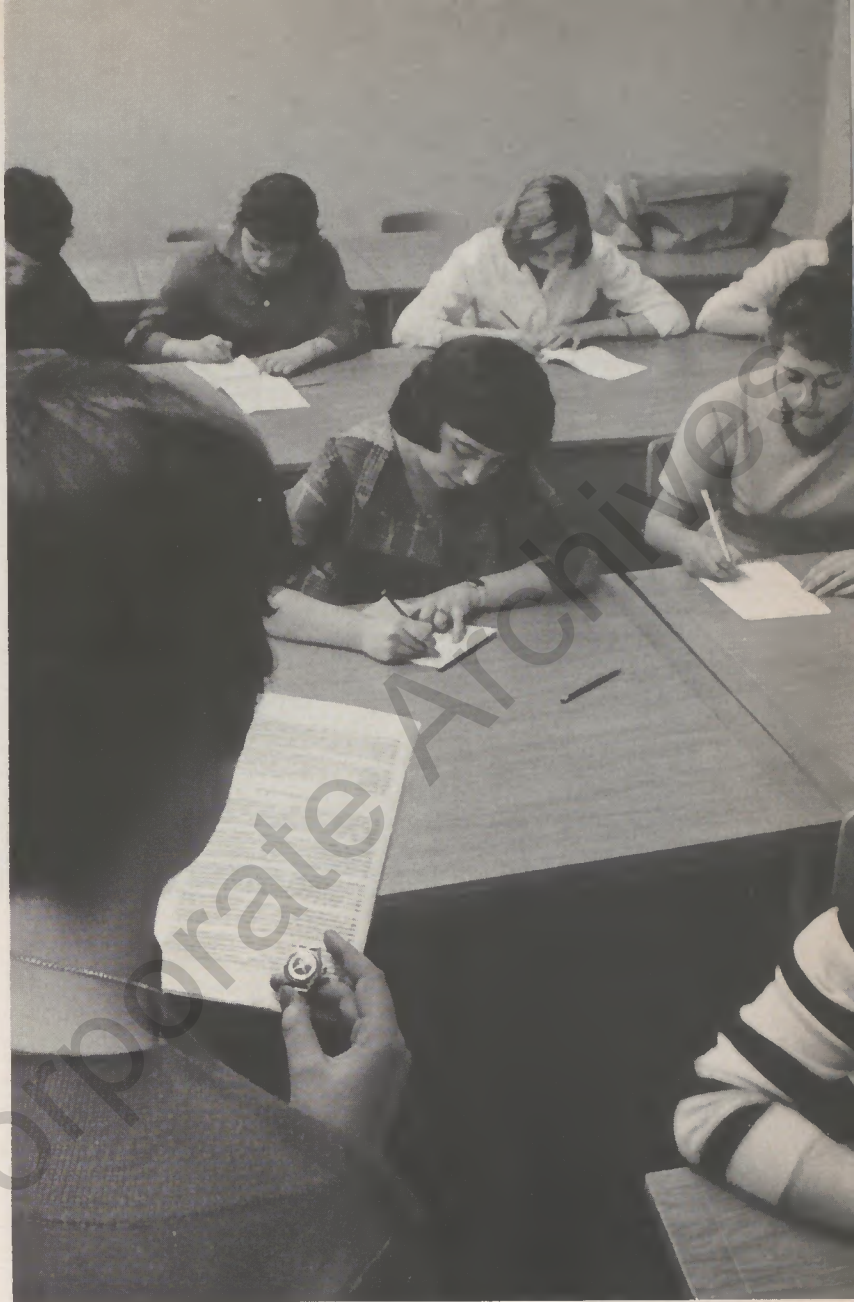


LEHRLINGE

Neue Werkschule

Am 16. Februar nahm Dipl.-Hdl. Weitzel, der Ausbildungsleiter der kaufmännischen Lehrlinge und Anlernlinge der Ruhrstahl AG, den Unterricht in den neuen Klassenräumen im Verwaltungsgebäude des Annener Gussstahlwerks auf. Nachdem die kaufmännische Werkschule der Ruhrstahl AG in den Nachkriegsjahren bis jetzt im Verwaltungsgebäude des Gussstahlwerks Witten recht beengt unter dem Dach untergebracht war, stehen nun für die Ausbildung der Lehrlinge und Anlernlinge der Werke Hattingen und Annen sowie der Verwaltung (insgesamt 47 Jungen und 48 Mädchen) die neu hergerichteten früheren Räume der Zentralwerbestelle zur Verfügung, die im vergangenen Sommer in das neue Ruhrstahl-Verwaltungsgebäude umgezogen ist. Übrigens gehören aus Zweckmäßigkeitsgründen, aber wohl auch aus alter Tradition, die Lehrlinge und Anlernlinge des Gussstahlwerks Witten ebenfalls der Ruhrstahl-Werkschule an und haben mit den Ruhrstahlern gemeinsam Unterricht.

Die Lehrräume – ein großer Unterrichtsraum und ein Schreibmaschinenzimmer – wurden großzügig mit neuen Schulmöbeln und Unterrichtsmaterial ausgestattet. Allerdings ist eine schöne neue Tafel noch keine Garantie für die Bewältigung kniffliger Aufgaben (Foto oben); Fräulein Wegmann, die junge Stenografie- und Schreibmaschinenlehrerin unserer Werkschule, nimmt ihre Arbeit sehr genau: Stenografieübungen werden von ihr genau nach Zeit abgehalten (Foto oben rechts); Schreibmaschinenschreiben ist Routinesache: also heißt es üben, üben, üben (Foto unten), bis das Briefschreiben flott und fehlerlos klappt.



„Ich habe dieses Jahr die Krankenkasse kaum in Anspruch genommen.“ – Wie oft hören wir das in Gesprächen mit Versicherten. Namentlich sagen es diejenigen, die kein Krankengeld erhielten.

Immer wieder wird vergessen, daß auch die ärztliche und zahnärztliche Behandlung sowie die vom Arzt verordneten Arzneien und Heilmittel, vor allem aber die Krankenhausbehandlung, Geld kosten. Sie kosten sogar, wie wir sehen werden, eine ganze Menge.

Folgende Kostenrechnung als Beispiel:

Ein verheirateter Versicherter mit zwei Kindern verdient im Monat 400 DM. Der Krankenkassenbeitrag beträgt 7 v. H. des Grundlohns, d. s. 28 DM. Davon trägt der Arbeitgeber die Hälfte, so daß der Versicherte monatlich 14 DM an Krankenkassenbeitrag aufzubringen hat.

Sein Lohnabzug für die Sozialversicherung ist natürlich viel höher, weil darin auch die Beiträge zur Rentenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung enthalten sind. Der Krankenkasse verbleiben von dem Gesamtsozialversicherungsbeitrag nur 30 v. H.; den Rest führt sie an die Träger der Renten- und Arbeitslosenversicherung ab.

Was bekommt nun der Versicherte für seinen Beitrag, wenn er, seine Frau oder eines seiner Kinder krank wird?

Zuvor ist zu sagen, daß nach der Statistik im Durchschnitt auf jeden Versicherten – die Familienhilfefälle eingerechnet – jährlich 5 oder 6 Behandlungsfälle kommen.

Die Arztkosten je Behandlungsfall sind bei den einzelnen Krankenkassen verschieden hoch, da unterschiedliche Honorarvereinbarungen zwischen Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung bestehen. Die Honorarvereinbarungen beruhen aber alle auf der Grundlage der amtlichen Preußischen Gebührenordnung für Ärzte (Preugo). Es kann angenommen werden, daß der Kassenarzt etwa 90 v. H. der Preugosätze von seiner Kassenärztlichen Vereinigung ausgezahlt erhält. Es kosten (zu 90 v. H. der Gebühr berechnet):

● Beratung in der Sprechstunde	DM 1,80
● Hausbesuch des Arztes	DM 3,60
● Nachtbesuch des Arztes	DM 7,20
● sofort verlangter Nachtbesuch	DM 10,80
● Röntgendurchleuchtung	DM 10,15
● dreimalige Magendurchleuchtung	DM 16,-
● Röntgenaufnahme	DM 10,15 bis 15,30
● Elektrokardiogramm	DM 8,65 bis 12,95
● Laboruntersuchung (ohne Material)	DM 2,90 bis 14,40
● Einspritzung (ohne Medikament)	DM 2,15 bis 4,30
● Blutbild	DM 14,40
● Grundumsatzbestimmung	DM 14,40

Schon die geläufigsten ärztlichen Leistungen sind also keineswegs billig. (Die Frage, ob die Gebühren „angemessen“ sind, soll hier außer Betracht bleiben.) Im Laufe eines Behandlungsfalles wiederholen sich manche Leistungen des Arztes. Bei Betriebskrankenkassen entstanden 1958 im Durchschnitt 15,01 DM Arztkosten je Behandlungsfall. Der Durchschnitt errechnet sich

Den nachstehenden Artikel entnehmen wir mit freundlicher Genehmigung des Verfassers der Schrift „Selbstverwaltung – Selbstverantwortung“ (Schrift zur Unterrichtung der Organmitglieder bei den Betriebskrankenkassen). – In der letzten Vorstandssitzung und Vertreterversammlung der Betriebskrankenkasse der Henrichshütte wurden anlässlich der Vorlage des Kassenvoranschlages für 1960 die in dem Artikel angeschnittenen Fragen behandelt. Da für die Ruhrstahl-Betriebskrankenkassen im wesentlichen die gleichen Tatbestände vorliegen, möchten wir den Beitrag wegen seiner allgemeinen sozialpolitischen Bedeutung den Mitgliedern unserer Betriebskrankenkassen zur Lektüre empfehlen.

BETRIEBSKRANKENKASSEN

Die Sachleistungen und ihre Kosten

aber aus den Kosten für große und kleine Fälle, besagt also wenig über die Arztkosten für den Einzelfall. Für diesen können auch ambulant auszuführende Sondereingriffe in Frage kommen, namentlich kleinere chirurgische Eingriffe. So kosten z. B. die Eröffnung eines Furunkels (neben der Beratungsgebühr) 2,90 DM, der Verband einer Wunde 2,15 DM. Wenn sich der Versicherte eine Brille „verschreiben“ läßt, zahlt die Krankenkasse dem Augenarzt dafür 4,30 bis 7,20 DM. Ist dem Mitglied etwas ins Auge geflogen und muß es vom Augenarzt entfernt werden, so kostet dies 2,90 bis 4,30 DM.

Ein Monatsbeitrag ist also, wenn der Versicherte oder eines seiner Familienmitglieder zum Arzt geht, rasch verbraucht.

Nur bleibt es aber regelmäßig nicht bei der Tätigkeit des Arztes. Je nach Lage und Schwere des Falles werden Arzneien und Heilmittel verordnet. Die Betriebskrankenkassen im Bundesgebiet gaben (ohne die versicherten Rentner) im Jahre 1957 für rund 16 Millionen Behandlungsfälle fast 100 Millionen DM für Arzneikosten aus, d. s. je Fall rund 6 DM. Für Heil- und Hilfsmittel betrug die Gesamtausgabe der Betriebskrankenkassen fast 22 Millionen DM, je Fall also fast 1,40 DM.

Unter den ärztlich verordneten Heilmitteln sind besonders zu nennen medizinische Bäder, Massagebehandlung, Fußeinlagen, Bandagen und Brillen. Eine gewöhnliche Lesebrille, wie sie die meisten Menschen über 40 Jahre brauchen, kostet etwa 10 DM; für komplizierte Brillen beträgt der Preis bis zu 80 DM. Die Krankenkassen zahlen für

● Bruchbänder	DM 8,- bis 20,-
● Schuheinlagen	DM 10,- bis 40,-
● Gummistrümpfe	DM 8,- bis 20,-
● Leibbinden	DM 5,- bis 50,-
● medizinische Bäder und Massagen je	bis DM 5,-

Hohe Sachleistungen: Unsere Betriebskrankenkassen erstellen in diesen Wochen die Jahresabschlüsse für 1959. Wir veröffentlichen hier bereits die vorläufigen Zahlen des Postens „Sachleistungen“: Die BKK Annen (Bild links) verausgabte bei durchschnittlich 1 480 Mitgliedern für Sachleistungen rund 312 000 DM; davon entfallen auf Arztkosten 135 000 DM, auf Arzneien einschließlich Zahnersatz, Hilfs- und Heilmitteln 81 000 DM, auf Krankenhauspflege 82 000 DM und auf Genesungs- und Vorbeugungsleistungen 14 000 DM. Die BKK Henrichshütte wandte für entsprechende Leistungen – bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 9 920 – rund 2,6 Mill. DM auf. Diese Summe verteilt sich wie folgt: Arztkosten 960 000 DM; Arzneien, Zahnersatz, sonstige Hilfs- und Heilmittel 715 000 DM; Krankenhauspflege 790 000 DM; Genesungs- und Vorbeugungsleistungen 150 000 DM; Zahlen zum Nachdenken für unsere Versicherten





Es gibt aber auch weit teurere Sachleistungen, zu denen die Krankenkasse Zuschüsse leistet; erinnert sei an die Hörgeräte, die wenigstens 260 DM kosten.

*

Der Versicherte würde mit einem Monatsbeitrag nicht weit kommen, müßte er die Arztkosten und die sonstigen Sachleistungen bei Krankheit alle selbst bezahlen. Da er jedoch nicht weiß, wie hoch die Kosten der ambulanten Behandlung sind, fehlt ihm meist eine Vorstellung über die Höhe der Kosten, die seine oder seiner Angehörigen Erkrankung verursacht. Die wenigen Beispiele, die wir brachten, genügen aber wohl, um mit der Behauptung aufzuräumen, man habe „nichts bekommen“, wenn keine Arbeitsunfähigkeit vorlag und kein Krankengeld bezogen wurde.

Interessant ist in diesem Zusammenhang das Ergebnis einer kürzlich veranstalteten Umfrage. Danach nahm in einem Zeitraum von zwei Jahren ein Fünftel (20 v. H.) der Versicherten ihre Krankenkasse regelmäßig alle Vierteljahre in Anspruch, 19 v. H. der Befragten begehrten Leistungen in größeren, aber immerhin doch regelmäßigen Abständen. Die Hälfte (50 v. H.) nahm nur bei akuten Krankheitsfällen die Krankenkasse in Anspruch. Nur 11 v. H. brauchten in den zwei Jahren ihre Krankenkasse überhaupt nicht in Anspruch zu nehmen.

*

Beim Zahnarzt sieht es nicht viel anders aus als beim Arzt. Bei der Inanspruchnahme eines Zahnarztes entstehen folgende Kosten:

● Entfernen eines Zahnes	DM 3,55
● Füllung eines Zahnes ohne Wurzelbehandlung	DM 5,-
● mit Wurzelbehandlung	DM 10,-
● Zuschlag für Silikat- oder Silberamalgamfüllung je Zahn	DM 2,-

Muß vor der Zahnbehandlung eine Röntgenaufnahme angefertigt werden, so entstehen Honorarkosten von 4,50 bis 20 DM. Benötigt der Versicherte Zahnersatz, so sind für ein 14zähniiges Ersatzstück etwa 150 DM, für eine Vollprothese (Ober- und Unterkiefer) bis zu 300 DM aufzuwenden.

*

Etwa 40 v. H. der Ausgaben der Krankenkassen entfallen auf die Sachleistungen der Krankenpflege. Wenn die Betriebskrankenkassen heute als Beitrag durchschnittlich 7 v. H. des Grundlohns zur Deckung des Leistungsaufwands erheben müssen, ist also allein zur Deckung der Aufwendungen für Krankenpflege ein Beitragssatz von rund 3 v. H. des Grundlohns erforderlich. Mit anderen Worten: Die Kosten für ärztliche und zahnärztliche Behandlung sowie für die Versorgung mit Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln und Zahnersatz können nur

gedeckt werden, wenn jeder Versicherte und sein Arbeitgeber von je 100 DM Monatslohn (bis 660 DM) für die Krankenkasse 3 DM zahlen. In unserem oben gegebenen Beispiel werden von den 14 DM, die der Versicherte als Beitrag zahlt, fast 6 DM für die Deckung der Krankenpflegeausgaben benötigt. Für diesen verhältnismäßig geringen Beitrag von 3 v. H. erhält der Versicherte aber für sich und seine Familie einen sehr weitgehenden Versicherungsschutz, wenn ein Krankheitsfall eintritt.

Der Vergleich zwischen Beitrag und Leistung ist besonders kraß, wenn Krankenhausbehandlung notwendig wird. Jeder Pflage tag im Krankenhaus kostet heute zwischen 14 und 25 DM. Ein Monatsbeitrag deckt also nicht die Kosten für einen Krankenhaustag! Da die Verweildauer im Krankenhaus durchschnittlich 21 Tage beträgt, sind beinahe zwei Jahresbeiträge zur Deckung der Kosten eines einzigen Krankenhaufalles erforderlich. Dabei ist das Hausgeld, das der Versicherte bei Krankenhauspflege erhält, noch nicht mitgerechnet. Krankenhaufälle mit Kosten von mehreren tausend Mark sind gar nicht selten.

*

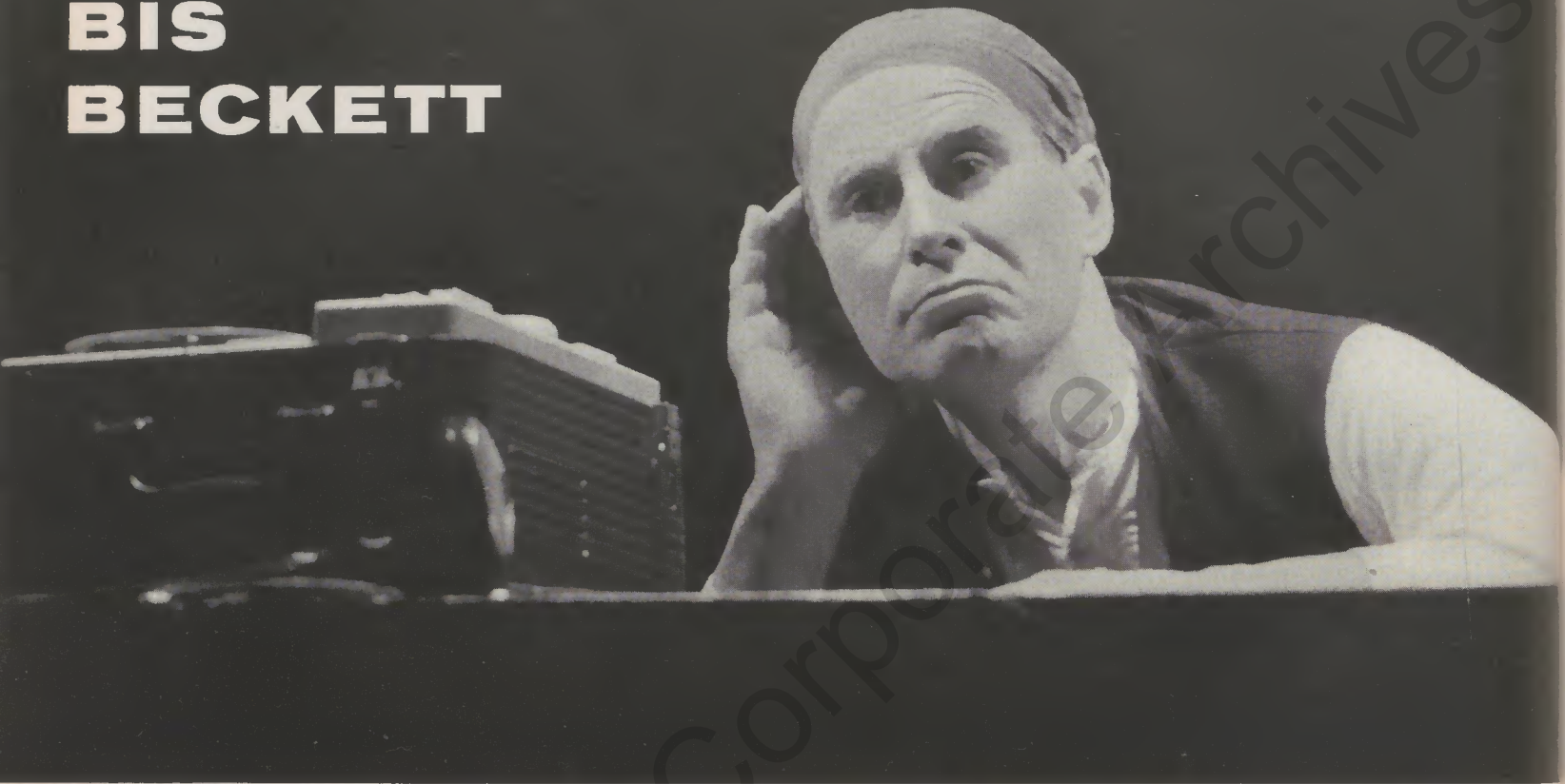
Es soll keinem Versicherten vorgerechnet werden, wieviel Kosten gerade er verursacht. Das Wesen der Krankenversicherung besteht ja darin, daß der hohe Aufwand im Einzelfall aus dem Gesamtbeitragsaufkommen aller Versicherten gedeckt wird. Dieser Einzelfall bedroht aber alle Versicherten gleichmäßig. Keiner weiß, wann er krank wird und wann in seiner Familie hohe Krankheitskosten entstehen. Kein Versicherter kann deshalb mit Recht über die „hohen“ Krankenkassenbeiträge klagen.

Wer die Höhe der Kosten für die Sachleistungen der Krankenkasse bei Krankheit kennt, der wird eine solche Klage nicht mehr vorbringen. Er wird sich aber auch überlegen, ob es berechtigt ist, in einem Bagatellfall überhaupt die Krankenkasse in Anspruch zu nehmen. Die Mehrzahl der Versicherten könnte heute die Kosten für Abführmittel, Kopfschmerztabletten und Hustensaft auch ohne eine Krankenversicherung aufbringen. Jede Versicherung ist nur für den schweren Schadenfall sinnvoll. Ihre Mittel dürfen deshalb nicht für Lächerfälle verplempert werden.

*

Es ist dringend nötig, die Versicherten darüber aufzuklären, wieviel jeder Gang zum Arzt und zur Apotheke kostet. Die Krankenversicherung ist nicht zuletzt dadurch in Schwierigkeiten geraten, daß ihre Versicherten nichts von der Höhe der Krankheitskosten wissen. Der so mühelos zu erlangende Krankenschein verlockt nur allzusehr zu der Vorstellung, seine Verwendung verursache keine Kosten. Deshalb wurde hier an einigen Beispielen aufgezeigt, wie teuer Krankheiten der Versicherten für ihre Krankenkasse sind. Nur wenn Maß gehalten wird, kann die Krankenkasse bei erträglichem Beitrag leisten, was der Versicherte und seine Familie brauchen; wenn sie krank werden.

VON SCHILLER BIS BECKETT



In der Werkzeitschrift Nr. 11/59 berichteten wir über den Beginn der Spielzeit 1959/60 des Schauspielhauses Bochum. Wir besprachen damals Stücke von Grillparzer, Shaw, Frisch und Cocteau. Weitere, zum Teil hochinteressante Stücke, saubere, ja vorzügliche Inszenierungen erlebten in den vergangenen Monaten ihre Bochumer Premiere: Schillers „Räuber“, Tschechows „Möwe“, Gogols „Revisor“ und Sartres „Nekrassow“ werden viele unserer Leser im Schauspielhaus gesehen haben. Die Kammerspiele brachten Schillers Nachdichtung „Der Parasit“, Goethes „Clavigo“ und die beiden modernen Einakter „Zoo-geschichte“ von E. Albee und „Das letzte Band“ des avantgardistischen Samuel Beckett. – In diesen Wochen hatten folgende Stücke ihre Premiere in Bochum: „Ein verdienter Staatsmann“ von T. S. Eliot, „Das Rendezvous von Senlis“ von Jean Anouilh, „Frühlingserwachen“ von Frank Wedekind und „Mutter Courage und ihre Kinder“ von Bert Brecht. Wir werden hierüber zu einem späteren Zeitpunkt berichten.

Stumpf glühend war das Rot, das der doppelten Ebene des kahl-schrecklichen Bühnenbildes der „Die-Räuber“-Aufführung böse Farbe verlieh: Grafenschloß, Räuberhöhle, Donaustand und Burgverlies; immer zwei Ebenen, immer doppelte Aktion, Flammend – wie um Medusas Haupt die Schlangen – züngelte der orangefarbenen Perücke Lockenpracht des Vaternörders Franz; scharlachrot der Mantel des Vaternörders Karl; und in Schwarz Amalie, ewigtreue Geliebte des Karl; schwarz auch der Graf von Moor, gramgebeugter Vater zweier Söhne, schrecklicher Söhne: des Franz, „der Kanaille“, des Karl, des auf „ewig verlorenen“ Räuberhauptmanns.

Dies Bühnenbild, diese Farbnuancierung waren grandioser Hintergrund des Bochumer Beitrags zum Schillerjahr.

Das Traverspiel „Die Räuber“ war Schillers erster dramatischer Versuch, war gleich Geniestück: Ein Familiendrama? Ein Moralstück? Jungendliches Aufbegehren gegen absolutistische Willkür und eine entartete Sozialordnung? All dies und noch mehr. Es ist ein Stück mit zwei Handlungen; das Geschehen vollzieht sich auf zwei Ebenen: Franz und Karl, die feindlichen Brüder, sind Träger dieser Parallelhandlung. Zwischen ihnen steht der Vater, der alte Graf, Sinnbild der Ordnung, der verzeihen möchte seinem erstgeborenen Sohn Karl, ihn liebend, den strahlenden, vielversprechenden, aber ach so liberal gesonnenen Tatmenschen. Aber unter dem bösen Einfluß von Franz, dem Zweitgeborenen,

dem Häßlichen, dem an sich selbst Leidenden, steht der Vater, schwach schon und krank, ausgeliefert dem Ränkespiel, mit dem Franz es versteht, Karls Bildnis aus des Vaters Herz zu reißen, mehr noch, den Vater zu beseitigen, um selbst Herr zu werden: Graf von Moor.

Karl indes, des Vaters Verzeihung erwartend, erhält eine Absage – von Franzens Hand. Um den Vater betrogen, enttäuscht und entwurzelt, wird er Räuberhauptmann. Seine Privaterbitterung schlägt um in Universalhaß. Doch er muß einsehen, daß er das Richtschwert, das er im Kampf gegen eine ihm überlebt erscheinende soziale Ordnung einsetzen wollte, zum Schwert eines gemeinen Mörders degradiert hat. Karl kehrt zurück zum Schloß der Väter. In Franz erkennt er den Schurken, der ihn dem Vater entzweite, der sein Leben in die Irre trieb. Karl will Rache, doch Franz richtet sich selbst. Der Vater, dem Verlies entronnen, stirbt, in Karl den „Räuber Moor“ erkennend. Es gibt keinen Ausweg mehr. Sich schuldig bekennend stellt sich Karl der Justiz, einsehend, daß sein Freiheits- und Gerechtigkeitsanspruch nur zerstörerisch wirken kann. Er unterwirft sich dem höchsten Richter: „Dein allein ist die Rache.“

Eine explosive, eine großartige Inszenierung Hans Schallas in Bochum. Max Fritzsches Bühnenbild und die Leistung der Schauspieler (Karl: Rolf Schult; Franz: Manfred Heidmann; Graf Moor: Walter Uttendörfer; Amalie: Carmen-Renate Köper, um nur die Hauptdarsteller zu nennen) verschmolzen zu selten erlebter dramatischer Einheit.

„Nekrassow“ von Jean Paul Sartre, dem Existenzphilosophen und Bühnenliteraten von hohen Graden. Bochums Intendant Schalla, der dieses hochaktuelle Stück inszenierte, bezeichnete es als abstrakte Farce. Das trifft genau. Die im Zeitungsmilieu spielende Handlung ist Farce, ist Zerrbild unserer verqueren politischen Anschauungen, unserer Leichtgläubigkeit. Die Figuren, vom Autor randscharf gezeichnet, bieten sich der abstrahierenden Interpretation des Regisseurs geradezu an. Hier sind Typen, auswechselbar und allgemeingültig. Das ist fast politisches Kabarett, zu einer Handlung versponnen: Die Tageszeitung „Paris à Soir“, sensationshungriges Boulevardblatt, politisch engagiert, hat nachgelassen. Der stimmungsgewaltige Chefredakteur (herrlich überzeichnet von Hubert Suschka) sucht eine Idee, um Renommee und Auflagenhöhe wieder zu steigern. Der politische Leitartikler, die gequälte, strapazierte „Seite fünf“, soll sie finden. Da kommen zwei Sensationsmeldungen: Paul de Valera, ein genialer Hochstapler, ist aus dem Gefängnis ausgebrochen; Nikita Nekrassow, russischer Minister, ist verschwunden – nach Westen? Valera sieht die Chance, versichert sich des

Eine interessante Spielzeit: Becketts „Das letzte Band“ (Foto oben links) und Schillers „Räuber“ (Foto rechts) waren Antipoden dramatischer Kunst, im zweiten Drittel der Spielzeit 1959/60. Während die verfremdete „Räuber“-Inszenierung viele Besucher nicht ansprach, fehlte für Beckett vielfach jedes Verständnis. Publikumswirksamer waren die Aufführungen von Tschechows „Die Möwe“ und Gogols „Der Revisor“. Die Tschechowsche Melancholie ergriff das Publikum; der wohl von den meisten mißverstandene „Revisor“ wurde ein voller Lacherfolg (Fotos links unten). Bei Sartres „Nekrassow“ ergötzte sich das Publikum weit mehr an den aktuellen Gags und dramaturgischen Clownerien, als daß es auf diese schockierende Zeitfarce reagierte (rechts unten)

Leitartiklers und bietet sich als Nekrassow mit „sensationellen Enthüllungen“ über Rußland der Zeitung an. Der Coup glückt: Aus dem entflohenen Betrüger wird der scharf bewachte, geheimnisvolle Gast im Luxushotel. Die Welt verschlingt seine erfundenen Schauer märchen – bis Zweifel kommen und die Seifenblase platzt. Nekrassow alias Valera wird entlarvt. Das Spiel ist aus. (Rolf Boysen als Nekrassow: wach, lauernd, gegenwärtig; Walter Uttendörfer als Leitartikler: wachsweiche Kreatur in den Händen der Zeitungsmanager.)

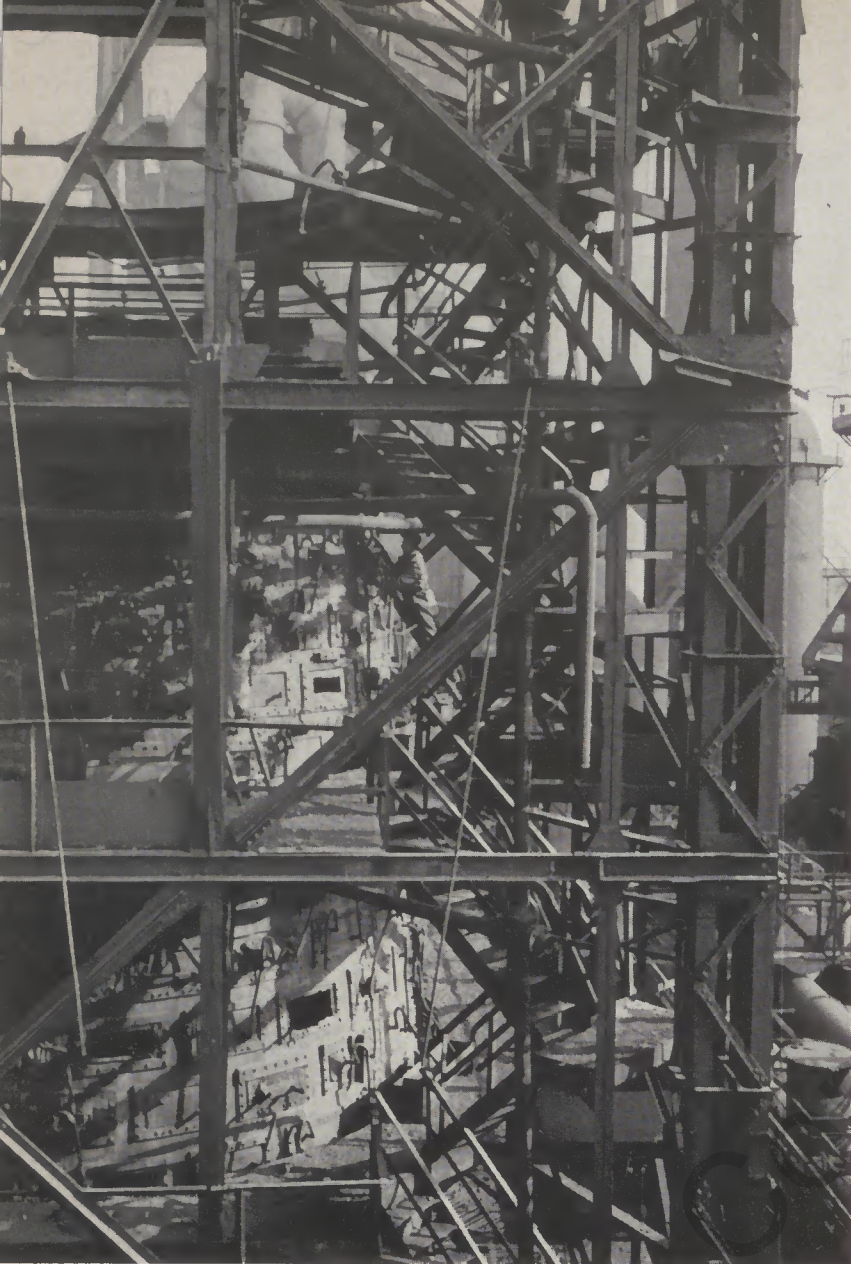
Der Schock, den der Dialektiker Sartre dem Publikum in allen seinen Stücken serviert, ist ihm dramaturgisch legitimes Mittel, seiner Aussage Nachdruck zu verleihen.

In „Nekrassow“ zeigt Sartre, was er kann, dramaturgisch, dialektisch: Korrupt und zynisch wird das satte Bürgertum gezeichnet, hörig nur dem Goldenen Kalb; jämmerlich die Presse, die sich zu seinem Handlanger macht. Ihr ist jedes Mittel recht, selbst die Lügen eines Gauners, dessen glaubwürdige, weil ins politische Konzept passende Enthüllungen für bare Münze genommen werden. Hier wird die Farce zur erschreckenden Groteske: Ein Gaukler zwischen tumben, geldgierigen, frivolen, eitlen Toren.

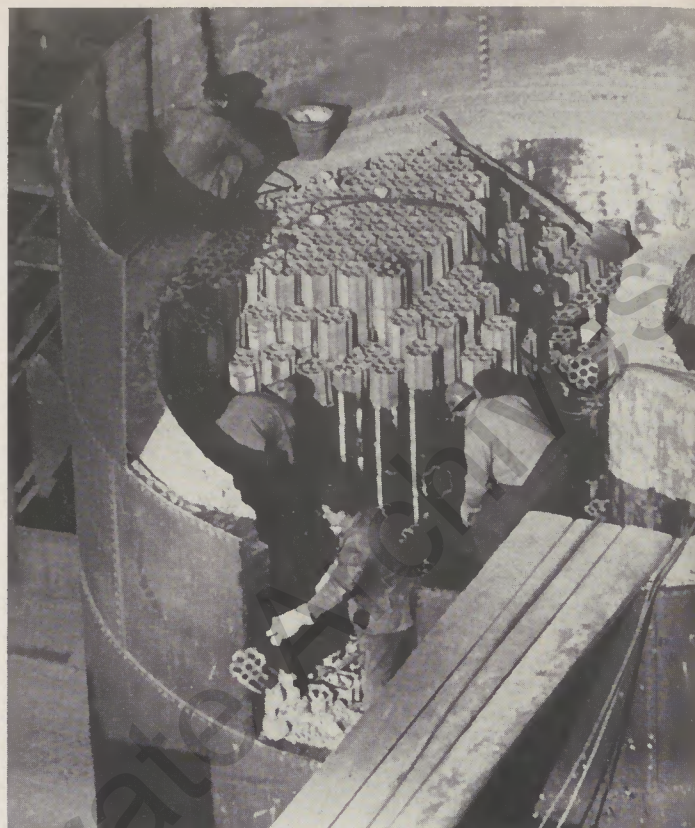
Mit Anton Tschechow (1860–1904) und Nikolai Gogol (1809–1852) wurden zwei russische Dramatiker aufgeführt, die in der Aus-

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 22





Demontage 1960: Kaum noch als Hochofen identifizierbar ist das Stahlgerüst, das noch immer den Ofenschacht umschließt; (o.); doch schon rücken die Schneidbrenner auch dem Panzer zu Leibe (u.). Bei der Demontage eines Winderhitzers (o. r.) erkennt man den aus 60 000 Gittersteinen bestehenden Besatz

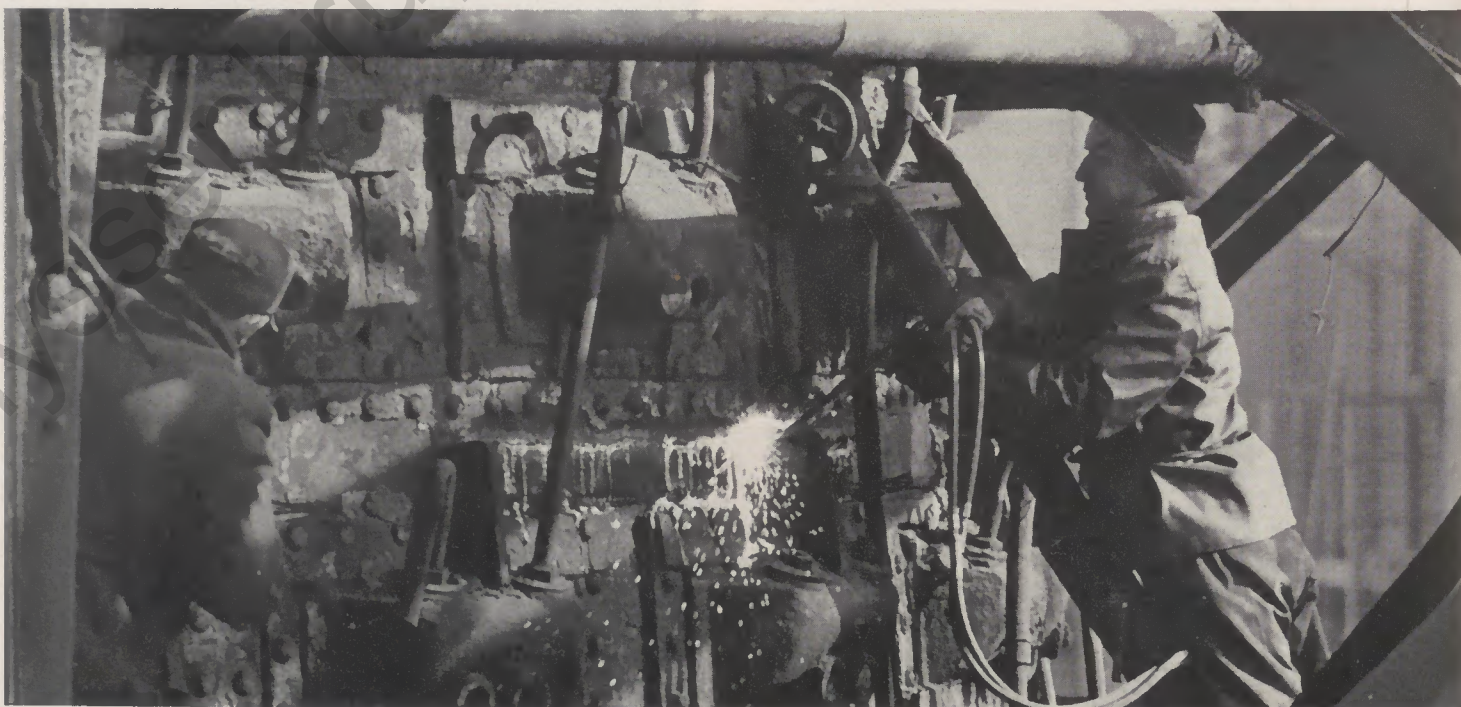


HENRICHSHÜTTE

Abbruch Hochofen I

Am 12. April 1959 wurde der Hochofen I nach 50jähriger Betriebszeit stillgesetzt. Seit einigen Monaten kann man nun beobachten, wie er systematisch zerlegt und demontiert wird. Nicht nur das Aufbauen, sondern auch das Abtragen großer Anlagen und Gebäude erfordert fachgerechtes Arbeiten. Der alte Ofen wird von oben nach unten mit Schneidbrennern in große Einzelteile zerlegt, die mit Hilfe eines Mobilkrans auf den Erdboden gelassen und erst dort in kleinere Stücke zerschnitten werden.

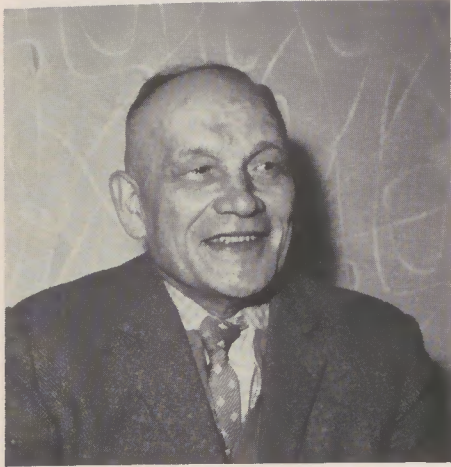
Die Männer des Hochofenbetriebes werden gewiß nicht ohne heimliche Wehmut die Demontage ihres Ofenveteranen täglich mitverfolgen. Wenige Wochen noch, und der Ofen wird Erinnerung sein, bewahrt nur in Gedächtnis und Archiven.



JUBILÄEN

50 Jahre im Dienst

HENRICHSHÜTTE



August Schäfer: Fleiß und Zuverlässigkeit

Der Former August Schäfer konnte am 10. Januar 1960 sein 50jähriges Arbeitsjubiläum auf der Henrichshütte begehen. Der im Jahre 1894 in Welper geborene Jubilar trat nach seiner Entlassung aus der Volksschule als Formerlehrling der Stahlgießerei im Jahre 1909 in den Dienst der Henrichshütte. Dank seines unermüdlichen Fleißes wurde August Schäfer bereits nach zweijähriger Ausbildung mit selbständigen Formerarbeiten betraut. Handwerkliche Fertigkeit und große Zuverlässigkeit zeichneten August Schäfer, der vielen als Vorbild hingestellt wurde, aus. Auf Grund dieser Eigenschaften wurde er auch nach dem zweiten Weltkrieg mit der Ausbildung von Lehrlingen betraut. Er war bei seinen Kollegen stets beliebt und wegen seines guten kameradschaftlichen Verhaltens außerordentlich geachtet.

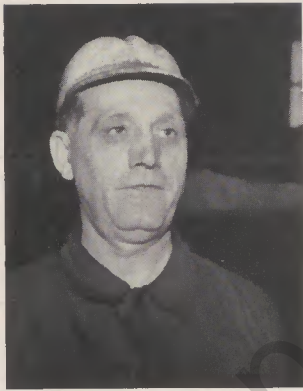
August Schäfer, der mit seiner Frau in Blankenstein wohnt, war von jung auf Fußballspieler im Verein „Germania“, heute SG Welper, deren Ehrenmitglied er ist. Seine Reiselust befriedigt der Jubilar mit Urlaubsausflügen nach Süddeutschland, in das Sauerland und den Westerwald. Wir wünschen dem seit Anfang dieses Jahres im Ruhestand lebenden Jubilar einen sonnigen Lebensabend.

40 Jahre im Dienst

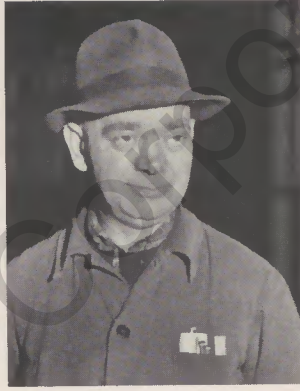
HENRICHSHÜTTE



Josef Heldmann
Fräser
Hammerwerk
am 2. März 1960



Wilhelm Schneider
Pressenmaschinist
Kümpelwerk
am 10. März 1960



Julius Jannett
1. Verlager
Kümpelwerk
am 13. März 1960

25 Jahre im Dienst

HENRICHSHÜTTE

Ernst Hausmann, Formermeister, Eisengießerei, am 21. Februar 1960

Johann Jakubowski, Blockbrenner, Stahlwerk, am 4. März 1960

Artur Müller, Aufräumer, Stahlwerk, am 5. März 1960

Karl Stoffels, Vorarbeiter, Hochofen, am 16. März 1960

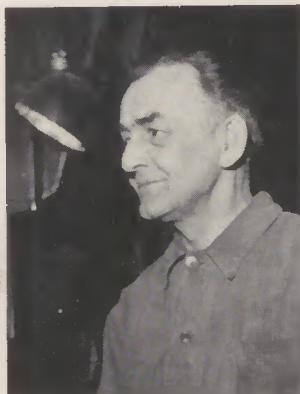
Hugo Kothaus, Fräser, Werkzeugmacherei, am 22. März 1960

Walter Herbes, Maschinist, Turbinenanlage, am 22. März 1960

Friedrich Wesemann, Kranführer, Werksbahn, am 23. März 1960

Robert Braunheim, Hobler, Bearbeitungswerkstatt I, am 25. März 1960

Ludger Weiss, Kranführer, Hammerwerk, am 30. März 1960



Wilhelm Bäcker
Dreher
Instandsetzungswerkstatt
am 29. März 1960

VERWALTUNG WITTEN

Reinhold Prächter, Lagerverwalter, Büro
Berlin, am 1. Februar 1960

WERKSARZT

Röntgenuntersuchung

Vom 19. bis zum 29. April dieses Jahres findet auf der Henrichshütte (in Annen und bei der Verwaltung im Mai) wieder eine Röntgen-Reihenuntersuchungsaktion statt. In den Industrieschwerpunkten unserer Heimat mit ihren Zusammenballungen von größeren Menschenmassen, mit ihren Erkrankungsgefahren durch industrielle Gase, Staub und Dämpfe kann die regelmäßig durchgeführte Röntgen-Reihenuntersuchung für jeden von uns von lebenswichtiger Bedeutung sein. Die Früherkennung der Lungentuberkulose gewährleistet nicht nur den Betroffenen, sondern auch den in seiner Umgebung arbeitenden Menschen Heilung und Vorbeugung. Dank dieser Früherkennung von Lungentuberkulosen ist in früheren Röntgen-Reihenuntersuchungen auf unseren Werken mancher Frühfall erkannt worden; in allen diesen Fällen ist eine gute Ausheilung der Krankheitsprozesse möglich gewesen. Auch andere Lungenerkrankungen und Erkrankungen des Brustraumes — wie Lungenkrebs, Staubveränderungen der Lunge, krankhafte Veränderungen des Herzens und der übrigen im Brustraum vorhandenen Organe — werden durch die vorbeugende Lungenuntersuchung rechtzeitig erkannt und können einer geeigneten Behandlung unterzogen werden.

Die Gefahrlosigkeit einer jährlichen Röntgen-Schirmbildaufnahme ist bei dem Stand der heutigen Röntgen-Aufnahmetechnik gesichert. Die Strahlenmenge, die bei einer Röntgen-Schirmbildaufnahme den Organismus trifft, beträgt nur $\frac{1}{500}$ der natürlichen Strahlung aus Weltall, Boden und anderen radioaktiven Substanzen, die den Menschen jährlich belasten, und fällt also kaum oder gar nicht ins Gewicht. In den früheren Jahren hat die Henrichshütte die Röntgen-Reihenuntersuchungsaktion in eigener Regie über einen längeren Zeitraum hinweg durchgeführt. Die Aktion dauerte im allgemeinen 2 bis 3 Monate, weil eine hohe Röntgen-Tagesleistung aus technischen und organisatorischen Gründen nicht möglich war. Außerdem steht der Hütte der Lungenfacharzt Dr. Hoth bei der Auswertung der Befunde nicht mehr zur Verfügung, so daß in diesem Jahr zum ersten Male (wie bisher in Annen) die Röntgen-Reihenuntersuchungsaktion von der Röntgen-Reihenbildstelle der Eisen- und Stahlindustrie, Düsseldorf, durchgeführt wird. Fast alle Werke der Eisen- und Stahlindustrie in der engeren und weiteren Umgebung werden seit Jahren durch diese Einrichtung betreut. Es wird nunmehr möglich sein, bei einer Tagesleistung von etwa 1000 Schirmbildaufnahmen, in 9 bis 10 Tagen die Aktion durchzuführen. Geeignete organisatorische Maßnahmen sollen eine Beeinträchtigung der Produktion vermeiden. Die vorbereitenden Arbeiten für einen reibungslosen Ablauf der Aktion sind bereits im Gange. An die einzelnen Betriebe werden noch nähere Anweisungen ergehen.

Im Interesse der Gesundheit eines jeden von uns und im Hinblick auf die Gesundheitsgefährdung von Arbeitskameraden durch versteckte, noch nicht bekannte Krankheitsherde tuberkulöser Art, möchten wir deshalb jedem Belegschaftsmitglied noch einmal dringend raten, sich nicht von dieser Aktion auszuschließen. Die Teilnahme an der Röntgen-Reihenuntersuchung ist zwar freiwillig, jedoch sollte jeder im Interesse der Gesundheit aller mitmachen.

Dr. med. Gruß, Henrichshütte

Theater: Von Schiller bis Beckett

Fortsetzung von Seite 19

sage und im dramatischen Aufbau ihrer Stücke Gegenpole bilden und die doch beide typisch sind für die russische Dichtung. Sie sind scharfe Beobachter des russischen Lebens, kennen die russische Mentalität. Sie blättern die Seele auf, machen sie transparent.



Einsamkeit: Albees „Zoogeschichte“, ein psychoanalytisches Stück um die Einsamkeit des Individuums in unserer Zeit strapazierte die Nerven der nicht wenig konsternierten Bochumer Theatergemeinde

Tschechows „Möwe“ ist ein Gesellschaftsstück, das auf dem Lande, weitab von der Metropole Moskau, spielt. Es ist ein Stück der Melancholie, der Schwermut; passive Menschen beleben die Szene mit ermatteter Gebärde; um die Erfüllung ihrer Sehnsüchte vom Schicksal Betrogene; ihre Tage verbringen sie mit Philosophieren, Träumereien – und Resignation. Das Thema des Stückes faßt im zweiten Akt Trigorin, ein erfolgreicher Schriftsteller (Rolf Schult), der Titelheldin (Helga Siemers) gegenüber angesichts einer von ihm geschossenen Möwe folgendermaßen zusammen: „Am Ufer des Sees wohnt ein junges Mädchen, seit ihrer Kindheit, genau ein solches wie Sie. Es liebt den See gleich einer Möwe und ist glücklich und frei wie die Möwe. Zufällig kam ein Mensch, der sah sie und brachte sie vor lauter Müßiggang ins Verderben, genauso wie diese Möwe.“

Es gibt keine dynamische Handlung in diesem Stück, eigentlich in keinem Stück von Tschechow. Jeder lebt nur so dahin, mehr oder weniger glücklich, gläubig, verzweifelt, hoffend, ist mit sich selbst beschäftigt. Ausweglose Traurigkeit und banales Dahinleben, die negative Macht des „Nichthandelns“ herrscht. Das Schicksal, das Leben, wie es ist, erdulden; das ist das Thema in allen Stücken Tschechows. Gesellschaftskritisch scharf pointiert, als reine Satire, gibt sich Nikolai Gogols „Der Revisor“: Eine Kleinstadt im weiten Rußland erfährt, daß ein Revisor von der Regierung die Lande bereist, um nach dem Rechten zu sehen. Schlendrian und Korruption in den Stadtverwaltungen lassen die Beamten vor dem gefürchteten Besuch erzittern. Und eines Tages kommt ein eleganter junger Mann in die Kleinstadt, ein Habenichtsauf der Durchreise, den die verängstigten Stadtväter für den Revisor halten, ihn entsprechend emp-

fangen, bewirten und bestechen. Ein Narr, wollte er nicht greifen, was Fortuna ihm beschert. Als er verschwindet, zur rechten Zeit, die Taschen voller Rubel, und die Kleinstadt ob der glimpflichen Revision aufatmen will – da wird der wirkliche Revisor gemeldet. Die Stunde der Abrechnung ist gekommen.

Aber Gogol wollte nicht nur mittels einer Posse die heuchlerischen, korrupten Zustände irgendeiner Kleinstadt im Zarenreich schildern. Er schreibt zu seinem Stück, das er für eine „ärgerliche Komödie“ hält: „Es kam mir vor, daß es die Stadt meiner Seele sei, daß die letzte Szene den letzten Augenblick des Lebens vorstelle: Wenn das Gewissen einen zwingt, sich plötzlich direkt in die Augen zu sehen... Es schien mir, daß jener wirkliche Revisor, dessen bloße Anmeldung zum Schlusse der Komödie ein solches Entsetzen verbreitete, unser wahres Gewissen sei...“

Nikolai Gogol war kompromißlos radikal in seiner Gesellschaftskritik, ein Meister entlarvenden Witzes und tragikomischer Satire.

Unter der Regie von Harald Benesch spielten Alfons Lipp als falscher Revisor und Peter Probst als Bürgermeister mit dem übrigen Bochumer Ensemble mit komödiantischem Vergnügen; der doppelte Boden des Stücks blieb dem Publikum weithin verborgen.

*

Mit den zwei Einaktern „Zoogeschichte“ von Edward Albee, einem jungen Amerikaner, und Samuel Becketts „Das letzte Band“ boten die Kammerspiele einen Theaterabend (Regie: Harald Benesch), der die Zuschauer verstört und beunruhigt entließ.

Walter Uttendörfer als der Alltagsmensch Peter mit gesichertem Einkommen und leidlich zufriedenstellendem Familienleben lieferte sich mit dem Selbstmörder Jerry (Hubert Suschka), der einsam, ausweglos seine Probleme dem anderen aufzudrängen versucht, ein beklemmendes Seelenduell. Des modernen Menschen vergebliches Ringen nach Kontakt zu seinem Nächsten fand hier tragische Bestätigung. Wo die Beziehungsebenen fehlen, gibt es kein Miteinander, bleibt nur das Gegeneinander. Private Bereiche, abgezirkelt, scheiden uns voneinander...

Samuel Becketts „Letztes Band“ war ein dualistischer Monolog: Ein Mensch, der Mensch, hört Tonbänder, die er selbst vor Jahren besprochen hat. Er kommentiert seine durch die Elektromagnetik wieder lebendig gewordene Vergangenheit, korrigiert sein gestriges Ich, überprüft es aus heutiger Sicht. Der Mensch am Ende seiner Tage; allein mit den abgelaufenen Tonbändern, seinem Leben. Ein letztes Mal bespricht er das Band: Abrechnung mit seiner Vergangenheit. Dieses letzte Band ist das Fazit eines Menschenlebens. Eine großartige Studie Walter Uttendörfers.

Blieben noch zu vermerken: „Der Parasit“, Schillers Nachdichtung aus dem Französischen, eine Moralkomödie mit Happy-End (in den Hauptrollen: W. Grimm, E. Ronnecker, E. Aberle). H. J. Heyse inszenierte Goethes Jugendwerk „Clavigo“, ein Traverspiel um Ehrbegriffe, die heutzutage gemeiniglich nur mehr ein Lächeln hervorrufen. Schön wie je: Die Sprache Goethes (Alfons Lipp, M. Heidmann, W. Riss und Christa Rossenbach in den Hauptrollen).

UNSERE TOTEN

HENRICHSHOTTE

Rudolf Stein	Bautechniker	27. Januar 1960
Wilhelm Meyer	Pensionär	3. Februar 1960
Wilhelm Wünnenberg	Pensionär	5. Februar 1960
Manfred Gruhn	igdl. Facharbeiter	6. Februar 1960
Heinrich Gröning	Pensionär	8. Februar 1960
August Balke	Pensionär	10. Februar 1960
Emil Sanders	Pensionär	13. Februar 1960
Christian Schön	Schlosser	16. Februar 1960
Karl Stauch	Hilfshandwerker	16. Februar 1960
Gustav Rohde	Pensionär	16. Februar 1960
Friedrich Kempka	Pensionär	21. Februar 1960
Rudolf Amann	Pensionär	24. Februar 1960
Johann Raczynski	Presser	26. Februar 1960
Otto Gohlke	Pensionär	2. März 1960
Louis Gutleben	Pensionär	8. März 1960

ANNENER GUSSTAHLWERK

Hugo Brede	Pensionär	11. Februar 1960
August Schmidt	Pensionär	20. Februar 1960

PRESSWERKE BRACKWEDE

Eduard Bögelein	Pauser	11. Februar 1960
-----------------	--------	------------------

WIR BEWAHREN IHNEN EIN EHRENDES ANDENKEN

Ernennungen

Henrichshütte (ab 1. Februar 1960)
Werner Grimm, Verkauf Ausland, zum Handlungsbevollmächtigten

Annen (ab 15. Februar 1960)

Johann Schlott, Elektrowerkstatt, zum Vorarbeiter

Annen (ab 1. März 1960)

G. Ulrich Walther, Dipl.-Ing., Konstruktionsbüro Pumpen, zum Abteilungsleiter

Günter Weigel, Konstruktionsbüro Werkzeugmaschinen, zum Abteilungsleiter

Brackwede (ab 1. Februar 1960)

Gustav Meyer zum Werkmeister in der Elektroschweißerei

Heinz Lachmann zum Vorarbeiter in der Qualitätsstelle

Karl Rumann zum Vorarbeiter im Betrieb II

Pensionierungen

Henrichshütte (zum 29. Februar 1960)

Matthias Jax, Kranführer, Stahlwerk, Erreichung der Altersgrenze

Stefan Reczek, Maschinist, Maschinenbetrieb, Erreichung der Altersgrenze

Wir wünschen unseren Pensionären für die Zukunft alles Gute.

BEKANNTMACHUNG

Achtung: Röntgen-Reihenuntersuchung

Seit Jahren werden in der Eisen- und Stahlindustrie mit Erfolg Röntgen-Reihenuntersuchungen durchgeführt. Auf der Henrichshütte findet die Untersuchung in diesem Jahr in der Zeit vom 19. 4.—22. 4. 1960 und vom 25. 4.—29. 4. 1960 in den Räumen des werkärztlichen Dienstes im 1. Obergeschoß statt. Diese Räume sind durch den Zugang Haupttor-Straßenseite zu erreichen.

Im Gegensatz zu früher erfolgen die Untersuchungen in diesem Jahr teilweise auch während der Arbeitszeit. Um den Betriebsablauf nicht zu stören und um die Belegschaftsmitglieder nicht unnötig warten zu lassen, mußte ein genauer Organisationsplan aufgestellt werden. Jedes Belegschaftsmitglied wird durch einen Handzettel benachrichtigt werden, welcher Tag und welche Stunde für seine Untersuchung vorgesehen sind.

Die Teilnahme an der Röntgen-Reihenuntersuchung ist für jedes Belegschaftsmitglied von unschätzbarem Vorteil. Deshalb dürfte die Erfüllung der Bitte um weitgehende Einhaltung der empfohlenen Untersuchungszeiten für jedes Belegschaftsmitglied selbstverständlich sein.

Gefälligkeiten und ihre Konsequenzen

Haftung bei der Mitnahme von Arbeitskollegen im eigenen Pkw

Ein Ende der „Motorisierungswelle“ in Westdeutschland ist gegenwärtig noch nicht abzusehen. Im Zuge dieser Entwicklung werden natürlich auch immer mehr Ruhrstahler stolze Automobilisten. Kein Drängeln im Bus oder in der Straßenbahn auf dem Weg zur oder von der Arbeit beeinträchtigt mehr ihre Daseinsfreude. Im eigenen Wagen fährt man vor dem Werk, der Verwaltung vor; die Parkmöglichkeiten erweisen sich zum Teil schon als zu klein. Soweit, so gut. Wer im eigenen Wagen zur Arbeit fährt, trägt für sich allein das Unfallrisiko.

Wie aber steht es mit der Haftung für die Arbeitskollegen, die teils aus Gefälligkeit, teils gegen Entgelt, vielfach regelmäßig zur Arbeit mitgenommen werden?

Bei einem Verkehrsunfall, an dem der Fahrer des Kfz kein Verschulden hat, haften Halter und Fahrer gegenüber mitfahrenden Personen nicht. Dies gilt auch, wenn die Mitfahrer sich an den Fahrtkosten beteiligen. Gegen Halter und Fahrer eines anderen am Unfall beteiligten Wagens bestehen natürlich Ansprüche nach den allgemeinen Grundsätzen.

Kritischer wird die Frage, wenn den Fahrer ein Verschulden an den den Mitfahrern entstandenen Schäden trifft. Hier sind mehrere Möglichkeiten zu unterscheiden.

• Haben die mitfahrenden Arbeitskollegen ausdrücklich auf Schadensersatzansprüche gegenüber dem Halter und Fahrer des Kraftfahrzeuges verzichtet, so ist der Fahrer von der Haftung für die den Insassen entstandenen Schäden befreit. Trifft nicht nur den Fahrer des Kraftfahrzeuges, sondern auch den Fahrer eines anderen am Unfall beteiligten Kraftfahrzeuges ein Verschulden, so wird beim Schadensausgleich der Haftungsverzicht von mitbeförderten Arbeitskollegen zu ihrem Nachteil mit berücksichtigt, so daß sie u. U. auch von dem Halter und Fahrer des fremden Fahrzeuges keinen Schadensersatz verlangen können.

• Ein Haftungsausschluß kann auch dann vorliegen, wenn die Mitnahme der Arbeitskollegen auf reiner Gefälligkeit beruht. Hier wird im allgemeinen ein stillschweigender Haftungsausschluß oder Handeln auf eigene Gefahr der mitfahrenden Arbeitskollegen angenommen. Die entsprechenden Feststellungen sind im Einzelfall recht schwierig und führen meist auf Veranlassung der Haftpflichtversicherung zu Prozessen.

• Läßt der Halter und Fahrer des Kraftfahrzeuges sich für die Mitnahme von Arbeitskollegen ein Entgelt zahlen (etwa Beteiligung an den Benzinkosten), so wird ein Beförderungsvertrag angenommen. Hier ist ein Haftungsausschluß nicht gegeben. Der Fahrer des Kraftfahrzeuges haftet den mitbeförderten Personen gegenüber nach allgemeinen Grundsätzen für verschuldet verursachte Schäden.

• Bei verschuldeten Schäden ist die Haftpflichtversicherung des Kraftfahrzeughalters zur Übernahme des Schadens verpflichtet. Bei Verkehrsunfällen wird allerdings die Berufsgenossenschaft den Verletzten Ersatz leisten. Die Ersatzleistung der Berufsgenossenschaft erfaßt aber möglicherweise nicht den voll entstandenen Schaden. Wer das Risiko eines Schadensersatzanspruches von mitfahrenden Arbeitskollegen in jedem Fall ausschließen will, sollte den Abschluß einer Insassenversicherung überlegen.

Sie ist beispielsweise von Bedeutung, wenn Schadensersatzansprüche zu decken sind, die über die gesetzliche Haftpflichtversicherung hinausgehen. Außerdem ist nur durch sie in allen Fällen gesichert, daß Schäden von Insassen voll ersetzt werden. Die Insassenversicherung muß nämlich ohne Rücksicht darauf eintreten, ob Ansprüche der Insassen auf Ersatz der Schäden gegen einen Schädiger bestehen oder nicht.

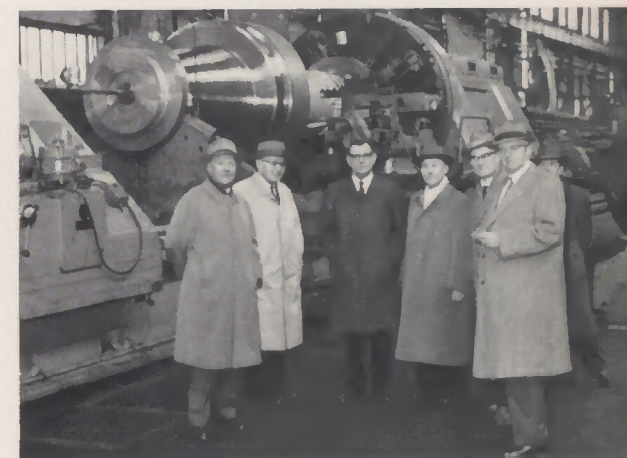
Wir empfehlen deshalb allen Belegschaftsmitgliedern, die eine Insassenversicherung abschließen wollen, nähere Auskünfte bei ihrem zuständigen Kraftfahrzeugversicherer einzuholen.



Handwerker im Ypsilon-Haus: Das elfgeschossige Ruhrstahl-Wohnhochhaus auf dem Gelände Hof Middeldorf — wegen seines Grundrisses Ypsilon-Haus genannt — geht seiner Vollendung entgegen. In diesen Wochen sind Handwerker der verschiedensten Berufs-zweige mit dem Innenausbau des 60 Wohnungen umfassenden Hauses beschäftigt. Man rechnet damit, daß das Wohnhochhaus, das übrigens auch einen Selbstbedienungsladen enthalten soll, etwa im Sommer bezugsfertig sein wird. Mit der Landschaftsgestaltung des Geländes Hof Middeldorf, auf dem sich auch die vier Doppel-Punkthäuser befinden, wurde erst kürzlich begonnen.



Umstellung des Telefonnetzes auf der Hütte: Am 27. Februar wurde im Verwaltungsgebäude der Henrichshütte eine Großwähl-Nebenstellen-Hausanlage in Betrieb genommen, die die Kapazität der Fernsprechanlage von vorher 23 Amtsleitungen auf nunmehr 34 Amtsleitungen erhöht; gleichzeitig wurde die Zahl der Nebenstellen des internen Telefonnetzes auf 400 vergrößert. Ein weiterer Ausbau auf 600 interne Anschlüsse ist möglich. Die komplizierte Umstellung des Telefonnetzes, das den ständig zunehmenden Telefonverkehr bewältigen soll, wurde innerhalb eines Wochenendes bewerkstelligt.



Besuch aus den USA: Am 14. März besichtigten leitende Herren der A. O. Smith Corporation, die zu den führenden Unternehmen im Bau von Fahrzeugrahmen, Hochdruckbehältern und Apparaten in den USA zählt, die Henrichshütte. Die amerikanische Besuchergruppe war zu Besprechungen mit einigen Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie nach Westdeutschland gekommen. Unser Foto zeigt (v.l.n.r.): Dir. Loermann, Dr. R. O. Meyer (Verkauf M und A), Mr. McNiece, Dir. Prof. Spalders, Dr. A. F. Maier (Ruhrstahl-Büro Stuttgart), Mr. Catlens und Obering. Holze.



foto des monats